

Er scheint täglich außer Montag, Abonnement: Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pfennig in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,10 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6448.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Infrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Veru sprach-Anschlag: Amt VI, Nr. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 10. Dezember 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Gesekentwurf betreffend die eingetragenen Berufsvereine.

I.

Dem Reichstage liegt ein Gesekentwurf unter obigem Titel vor, der von Dr. Girsch und seinen Freunden eingebracht ist.

Der Zweck dieses Gesekentwurfes ist der, den Berufsvereinen, unter welchem Namen ungefähr das zu verstehen wäre, was wir Fachvereine oder Gewerksvereine zu nennen gewohnt sind, eine rechtliche Unterlage zu geben, auf welcher sie sich freier bewegen können, als auf dem Boden der in Deutschland geltenden Vereinsgesetze. Besonders soll die „Rechtsfähigkeit“ und die Fähigkeit, sich zu größeren Verbänden oder Kartellen zu centralisieren, besser als bisher geregelt werden.

Die darauf bezüglichen Bestimmungen des Gesekentwurfes sind in den §§ 6 und 88 enthalten. Deren ersterer sagt:

Der eingetragene Berufsverein kann unter seinem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Für alle Verbindlichkeiten des Vereins haftet den Vereinsgläubigern nur das Vermögen des Vereins.

Der ordentliche Gerichtsstand des Vereins ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk er seinen Sitz hat.

Es ist hiermit dasjenige ausgesprochen, was man unter dem Begriffe der Verleihung der Rechte einer rechtlichen Körperschaft (Korporationsrechte) heut versteht.

Der andere Paragraph sagt:

Eine Vereinigung mehrerer Berufsvereine zu einem Verband behufs gemeinsamer Verfolgung ihrer Zwecke, sowie Erziehung eines Kartellvertrages, kann unter Zustimmung der Generalversammlung der einzelnen Vereine und auf Grund eines schriftlichen Statuts erfolgen.

Das Statut darf keine Bestimmung enthalten, welche mit dem Zwecke des Verbandes nicht in Verbindung steht oder den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderläuft.

Die Gewährung dieser Rechte an die Berufsvereine soll von Bedingungen abhängig gemacht werden, die den übrigen Inhalt des Gesekentwurfes ansmachen.

Bevor wir diese Bedingungen uns näher ansehen, möchte es nötig sein, uns die heutige Sachlage, in der sich solche „Berufsvereine“ befinden, kurz zu vergegenwärtigen.

Nach dem Stande der heutigen Gesegebung unterscheiden wir zuerst Vereine zu wirthschaftlichen oder Erwerbs-Zwecken.

Für diese Vereinigungen sind gesetzliche Vorschriften getroffen in den Gesetzen über die Aktiengesellschaften, Handelsgesellschaften, eingetragenen Genossenschaften. Es

sind die Bedingungen der Rechtsfähigkeit dieser Vereine gesetzlich geordnet und ihrer Vereinigung zu Verbänden und Kartellverträgen, soweit sie sich auf die Zwecke dieser Vereinigungen beziehen, nicht entgegen.

Diesemigen Wirthschafts- oder Erwerbsgesellschaften, welche Versicherungswesen betreiben, d. h. die gegen Prämienzahlung bei Eintreten vorherbestimmter Ereignisse eine Geld-, Renten- oder sonstige Leistung rechtlich übernehmen, bedürfen zu ihrem Geschäftsbetriebe der landespolizeilichen Genehmigung, die dem Grundgedanken nach zum Schutze des Publikums, das nicht immer in der Lage ist, die Kreditwürdigkeit dieser Gesellschaften zu prüfen, dienen soll. Die Ertheilung dieser Genehmigung läßt der Willkür der Verwaltungsbehörden weiten Spielraum. Sie kann zum Niederhalten mißliebiger Bestrebungen mißbraucht werden und wird in dieser Art mißbraucht.

Neben diesen Erwerbs- und Wirthschaftsvereinen stehen die Vereinigungen, welche wir gesetzlich geregelte sozialpolitische Vereinigungen nennen können. Es sind hierzu zu zählen die Versicherungskassen der amtlichen Arbeiterversicherung und die freien Hilfskassen. Alle diese Vereinigungen stützen sich auf besondere Gesetze, die ihre Berechtigungen regeln. Die Kritik dieser Gesetze steht hier nicht in Frage.

Weiter finden wir die Berufsvereine der Kleinmeister, die Innungen, in gewisser Beziehung durch Gesetz geordnet.

Die Rechtsfähigkeit der Innungen setzt der § 99 der neuen Reichs-Gewerbeordnung ganz so fest, wie der vorliegende Gesekentwurf es verlangt, die Vereinigung zu Verbänden u. s. w. ist in dem § 102 geordnet.

In Betreff aller anderer Berufsvereine herrscht die vollkommene Polizeiwilklür. Sie alle sind den vereinsgesetzlichen Bestimmungen der Einzelstaaten unterworfen. Diese Bestimmungen werden gegen sie aber in der aller-verschiedensten Art angewendet. Die Rechte der Körperschaft, die Rechtsfähigkeit wird Arbeitervereinigungen unter allen Umständen verweigert, den Vereinen von Unternehmern wie z. B. dem Verbands der Töpfermeister und Osenfabrikanten in Sachsen, mit großer Zuvoorkommenheit gewährt.

Das Recht, sich zu Verbänden und Kartellverträgen zu vereinigen, wird allen Arbeitervereinen, die sich irgendwie nach der schärfsten und künstlichsten Auslegung des Begriffes mit Politik beschäftigen, verweigert, den Unternehmervereinigungen, den Kriegervereinen und anderen solchen Vereinen aber gestattet. Ja, es wird für solche Vereine der Zusammenschluß sogar befördert, obgleich sich die Vereine mit Politik beschäftigen oder eben weil sie sich mit einer den herrschenden Klassen genehmen Politik beschäftigen.

Die gänzliche Rechtslosigkeit aller dieser Vereine ist nicht nur von uns, den Sozialdemokraten, die wir freilich die Härte

und Ungerechtigkeit des bestehenden Zustandes am eigenen Leibe sehr empfindlich spüren, übel empfunden, sondern alle Kreise, die sich noch einigen Sinn für Recht und Gerechtigkeit in der heutigen allgemeinen moralischen Korruption der bestehenden Klassen bewahrt haben, fühlen das Unhaltbare dieses Zustandes, durch den durchaus nicht nur wir Sozialdemokraten und weiterhin die gesammten Arbeiter, sondern auch ganz entschieden bürgerliche Interessen schwer geschädigt werden.

Dieses nicht einzusehen, ist das traurige Vorrecht des in der Prostitution für Alles andere blind gewordenen Proletariats, das leider im Reichstage so stark vertreten ist.

Auch die „Kommission für das bürgerliche Gesekbuch“ konnte gegen die bestehenden Uebelstände nicht blind sein.

Nachdem in dem Entwurfe für das bürgerliche Gesekbuch in den §§ 48 bis 57 die Rechtsverhältnisse derjenigen Vereine bestimmt waren, die die Rechtsfähigkeit erlangt haben, kam es darauf an, die Formalitäten zu bestimmen, unter welchen diese Rechtsfähigkeit zu erlangen ist. Die Kommission beschäftigte sich mit dieser Frage in drei Sitzungen, am 30. November, 1. und 2. Dezember. Man war von der Unzulänglichkeit des heutigen Zustandes überzeugt und der einheitlichen Ansicht, daß zwar für die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften andere Bestimmungen, als wie sie in den diesbezüglichen Gesetzen vorhanden sind, nicht erforderlich sind, daß aber für Vereine mit Bestrebungen, die man als „ideale Tendenzen“ bezeichnete, eine reichsgesetzliche Ordnung erforderlich sei.

Vereine mit idealen Tendenzen nannte man alle Vereine, welche gemeinnützige, wohlthätige, gesellige, künstlerische, wissenschaftliche oder sonstige nicht auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtete Zwecke verfolgen.

Besonders wurde anerkannt, daß dazu auch die Fach- und Gewerksvereine gehören. Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesekbuches, wie der volle Name dieser Reichstagskommission heißt, um deren Arbeiten ja der Reichstag schon zweimal nicht geschlossen, sondern nur vertagt wurde, hat angenommen, daß die Rechtsfähigkeit solcher Vereine mit idealen Tendenzen von der Eintragung in ein von dem Amtsgerichte zu führendes Register abhängig zu machen sei.

Den einzelnen Staaten, den Landesbehörden soll ein Recht, Vorbehalte über die Verfassung solcher Vereine zu machen, d. h. Einfluß auf die Statuten durch landespolizeiliche Vorschriften auszuüben, nicht ertheilt werden.

Die Erlangung der Rechtsfähigkeit soll allein in der Belieben des Vereines gestellt werden, wenn er sonst den genau gegebenen Vorschriften des Reichsgesetzes genügt.

### Feuilleton.

Fé.

Von Edna Fern.

Und wenn doch auch die Frauen — Wie sagt Johannes Scherr in Bezug auf Goethe's Mutter?

„Frauen, welche die köstliche Gabe besitzen, großes Verlangen um sich zu verbreiten und das bische Leben schön und lieb zu gestalten, mögen dieselbe sorgsam pflegen; denn daß ist mehr als ein Talent, es ist geradezu eine Tugend.“

„Ach ja, wenn die Frauen ein wenig „heitere Anmuth“ und „anmuthige Heiterkeit“ sich bewahren, die aber gewöhnlich nach dem ersten Kinde verschwindet, wenn sie sich im Spiegel betrachten wollten, sobald sie schmolzen oder abkannig sind, dann könnte man am Ende mehr Ausnahmen unter den unglücklichen Ehen verzeichnen; denn es giebt ja auch Ausnahmen, doch sie sind selten, und es Ausnahmen verstärken die Regel.“

Hätte Ella Norberg, geb. Bornstedt, etwas mehr auf die Begehrtheit ihres Mannes gesehen, wäre sie auf eine Interessen und Neigungen eingegangen, statt nur ihre eigenen Launen zu beachten, hätte sie — kurz gesagt — etwas weniger Egoismus und etwas mehr Liebe bezeugt, so würde ich jetzt nicht in der unangenehmen Lage sein, ihren Fall als Muster einer verunglückten Ehe anzuführen. Ich thue es wirklich nicht gern; so etwas von guten Bekannten zu erzählen, geüht mich ungemein,

und klatschen ist häßlich, aber Na, denn helpt das nicht! Was soll Einer dorthi dauhn?“ wie Jochen Küpfer sagt.

Der Sommer geht zu Ende. Wir sind im August, und von den Alpen her, über den Bodensee, weht schon ein kühler Wind bis hinüber zum Bornstedt'schen Gut am Waldsee. Am weitgeöffneten Fenster des großen Wohnzimmer's sitzt Ella Norberg, eifrig beschäftigt, allerlei Proben und Muster von kostbaren Kleiderstoffen in die richtige Beleuchtung zu bringen. Zwischenhält sie inne und sieht mit einem zerstreut-murubigen Blick ihrem Namen nach, welcher unaufhörlich im Zimmer auf- und abschreitet, was Ella's Nerven sehr anzugreifen scheint. Sie haben sich beide sehr verändert in den zehn Jahren ihrer Ehe, und Beide nicht zu ihrem Vortheil. Ella Norberg ist sehr mager geworden; die „feurigen Augen“ haben einen stehenden Ausdruck angenommen; ein unzufriedener Zug um den Mund, die scharfen Conturen des Gesichtes lassen sie älter erscheinen, als sie ist. Aber trotzdem kann sie noch hübsch sein, wenn sie in Toilette ist, und guter Laune, doch hält sie Beide für nicht der Wäthe werth in ihres Mannes Gegenwart, bewahre! Es ist ja nur mein Mann — da kann man sich gehen lassen.“

Die arme Ella! Wohl hat sie Recht, unzufrieden mit ihrem Schicksal zu sein, daß es ihr das gar nicht gehalten hat, was es ihr versprochen, und Günther weiß es und bedauert sie. Seine schwärmerische Liebe, in die er sich, nun einmal der Würfel gefallen, mit aller Macht hineingeräumt, hineingerebet hat, ist bald verfliegen; ein berühmter Künstler — ach, über die schönen Jugendträume! — ist nicht aus ihm geworden. Eine große Arbeit, die er mit vielem Eifer und Pflichtgefühl begonnen, aber niemals mit Liebe aus-

geführt hatte, weil er gehegt und getrieben wurde dabei, und bewundert und kritisiert, von seiner Frau und deren Freunden und Bekannten, welche die Zeit nicht abwarten konnten, Alles vollendet zu sehen, war ein großer Irrthum. Nun hat er die Lust verloren, die ewigen Borwürfe haben ihm den Muth genommen; auch die Pflicht, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, treibt ihn nicht zur Arbeit, denn er ist reich.

„Der Reichthum ist mein Fluch“, hat er einstmals in einer vertraulichen Stunde beim Wein, der ihm die Zunge gelöst, einem guten Freund gestanden, „denn weißt Du, ich bin ein Talent, kein Genie“, mein Freund. Im Reichthum geht der Erfindungsgeist zu Grunde. Der Mensch ist eine Zitrone: die Armuth, indem sie drückt, gleicht einer Handpresse und quetscht die Zitrone aus, ihr scharfer Saft kann jede Sauce pikant machen.

Sieh, läßt nun der Druck nach, so taugt die ausgequetschte Zitrone nichts mehr. So geht mir's. Aber das Genie, o mein Freund, das Genie ist wie der Weinstock, welcher die Trauben getragen hat, aus denen dieses rothe Blut hier in meinem Glase geflossen ist. Im ersten Frühling seines Lebens werden ihm die Aeste gestutzt, da weint er Thänen — doch noch recht wärrige. Aber dann glüht ihm die Sonne der Phantasie, und er trägt Trauben. Und diese müssen gepreßt, gefiltert, gestampft, eingeleckert werden, bis sie endlich in Verzweiflung gähren, um zum Wein zu werden, zum Wein, der des Menschen Herz erfreut, jenes Herz, welches nur in seiner Freude schweigt, ohne weiter über die Mittel zur Freude zu grübeln.

Und dann, mein Freund, giebt es noch ein anderes Genie, doch das ist selten — Michel Angelo hat es beissen, und Shakespeare — das ist wie der Sturm, der den Urwald



Da das bürgerliche Gesetzbuch sicher noch von dem jetzigen Reichstage, vielleicht schon im Jahre 1893 erledigt und, wie kaum zu bezweifeln ist, im Ganzen angenommen werden wird, so möchte die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hier eine den Interessen der Arbeiter einigermaßen genügende Lösung finden. Das ist heut der tatsächliche Stand der Frage.

Der Gesetzentwurf von Dr. Firsch und Genossen ist freilich zu einer Zeit verfaßt und in den Reichstag eingebracht, als man von der Art, wie die Kommission die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine im bürgerlichen Gesetzbuch behandeln würde, noch nichts wissen konnte. Es läßt sich auch heute noch nicht ganz mit Sicherheit sagen, wie die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch sich in der dritten Lesung zu den betreffenden Fragen stellen wird. Man kann also nicht sagen, daß der Gesetzentwurf Dr. Firsch und Genossen schon heute als ganz überflüssig zu bezeichnen ist. Aber eins kann man schon heute sagen:

Wo er von der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine handelt, da ist er unzulänglich und theilweise schädlich; wo er von der Berechtigung zur Vereinigung der Berufsvereine handelt, ist er von sehr geringem Nutzen.

Darüber wollen wir in einem folgenden Aufsatz handeln.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember.

Gegen die Handelsverträge nehmen einzig und allein die „Kreuz-Zeitung“ und die „Hamburger Nachrichten“, das Sprachrohr Bismarck's, abgesehen von einigen spezialantifeminitischen Blättern, Stellung. In der dem Reichstage mit den Handelsverträgen zugegangenen Denkschrift wird zur Begründung oder vielmehr zur Entschuldigung der Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle gesagt:

Die theilweise Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle erfolgte nur in der Erwägung, daß ohne Entgegenkommen betreffend die Agrarzölle eine Einigung mit Oesterreich-Ungarn und somit die gesammte handelspolitische Aktion ausichtslos gewesen wäre, andererseits die Zugeständnisse das Maß nicht übersteigen, welches eingehalten werden mußte, um den für die Landwirtschaft erforderlichen Schutz zu sichern. Auch die deutschen Industriezölle seien mehrfach ermäßigt. Die Gegenbewilligungen seitens der mitunterzeichneten Staaten bieten der deutschen Volkswirtschaft ein volles Äquivalent. Es sei zu erwarten, daß die gemachten Konzessionen auch noch anderen Staaten gegenüber geeignete Verwertung finden zur Erlangung weiterer Vortheile bei diesen Staaten.

Dieser Standpunkt wird von der übrigen Presse mit mehr oder weniger guter Miene anerkannt. Es ist allerdings ein sehr beschränkter Standpunkt, auf dem diese Handelsverträge stehen. Höhere wirtschaftliche Gesichtspunkte fehlen, als das ziffermäßige Abwägen des gegenseitigen Exports und Imports und die hiernach erfolgende Bilanzierung der Zölle.

Die Annahme der Handelsverträge im Reichstage steht bereits außer Zweifel. Selbst der Hauptheer gegen dieselben würde, wenn er, was wir bezweifeln, in Muth hätte, seinen Schmolz- und Schimpfwort in Friedrichsruh zu verlassen und im Reichstage zu erscheinen, in demselben isolirt und auf den kleinen Kreis der eingestricheltesten Kreuzzeitungsmänner beschränkt bleiben.

Wie aussichtslos das Verlangen der „Kreuz-Zeitung“ nach Beibehalten der Getreidezölle in ihrer gegenwärtigen Höhe ist, erhebt man daraus, daß ihre einzige Hoffnung nur noch darin besteht, daß es einem in Berlin zusammengetretenen Komitee von Männern, welche ihrer Mehrzahl nach der antisemitischen Partei angehören, gelingen werde, durch ihre Gesinnungsgenossen in Oesterreich-Ungarn die Handelsverträge zu Falle zu bringen.

**Annahmen!** Ein Leitartikel der „Kölnischen Zeitung“ unter dieser Ueberschrift beantwortet die Annahme der Handelsverträge. Sie spricht die Besorgniß vor einer Auflösung des Reichstags im Falle der Ablehnung aus:

Welch ein Reichstag dann bei der bekannten aufgeregten oppositionellen Stimmung weiter Volkskreise aus der Wahlurne emporsteigen würde, darüber kann Niemand im Unklaren

erzittern macht, der den Ozean aufwühlt und dessen Schaum zu den Sternen schleudert. Es ist der Zephir, dessen Hauch die Wellen am Ufer kräuselt und Aphroditen erzeugt.

So spricht Gänther im Kreise gleichgestimmter Genossen beim feurigen Wein und übermüthigen Bescherklang und dabei schließt er sich in sein Zimmer ein und „knetet Thon“ still für sich. Geheimnißvoll, eifersüchtig bewacht er sein Geschaffenes — wie eine verbotene Liebe — aber immer noch kann er das Rechte, Wahre, Einzige nicht finden, was allein ihn befriedigen wird. Dann ergreift ihn eine wilde Verzweiflung an der Welt, am Glück, an sich selber; dann sucht er die Gesellschaft sogen. guter Freunde, Künstler, Schauspieler — lustiges Volk — und tolt und lacht und spielt und trinkt mit ihnen, bis er Herr geworden ist über seinen gewaltigen Schmerz.

Darum sieht er auch aus wie Einer, welcher das Schicksal, das ihm nicht wohl will, zu Tode lacht: Ein ironischer Zug um den Mund, den der blonde Bart nur halb verdeckt, ein spöttisches Fältchen an jedem Auge, und in dem Auge tief drinnen viel großes Weh- und Bitterkeit.

Bein ewig lange Jahre hatten sie nun nebeneinander hingelegt; stürmisch-unzufrieden, dann kalt-gleichgültig. Die große Kluft — ihre Charakterverschiedenheit — welche die Liebe nicht zu überbrücken vermocht hatte, wurde immer weiter.

Ein Kind hatten sie, einen Knaben, an welchem Gänther mit leidenschaftlicher Häßlichkeit hing — armer Künstler, dein einzig Kind war ein Krüppel! Dein Künstlerauge weilt tagtäglich auf den unschönen verwichenen Gliedmaßen deines Sohnes, auf dem schmerzhaft verzogenen farblosen Gesichtchen, und du möchtest meinen vor Born und Schmerz über das erbarmungslose Geschick, das dir das anthon konnte, und vor Mitleid mit dem jarten Geschöpfchen da vor dir, welches mit leuchtenden Augen neben dir hockt und voll Bewunderung zusieht, forschst du ihm drohlige Zügeln aus dem weichen Thon.

sein, der einmal im Lande herumhört und die Nelke, welche über den wenig ereignisreichen Reichstag, aus dem kein freies Manneswort hinaus ins Volk gehe, gebührend beachtet. Wer nur die parlamentarischen Verhandlungen verfolgt, der würde niemals dahinterkommen, daß die innerpolitische Lage sich in den letzten Monaten vollständig verschoben hat. Die Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie würden sehr wenig erbaunt sein von den radikalen Männern, welche das souveräne Volk in den Reichstag entsenden würde.

Die „Kölnische Zeitung“ gesteht hiermit ein, welchen Schwandel sie und die anderen Bismarck-Organe betrieben, als sie die allgemeine Unzufriedenheit im Volke der Sehnsucht nach dem Bismarck'schen Regiment zuschrieben. Die Neuwahlen würden den Geist der Nationalliberalen vollends zermalmen und einen Sturm im Lande erregen, der die Getreidezölle in einem Anlauf wegfeigen würde.

Sparmaßnahmen müssen jetzt von den Nationalliberalen gegen die Gewährung von Diktaten an die Reichstags-Abgeordneten ins Feld geführt. Wie jämmerlich von Leuten, welche mit leichtem Herzen die kolossalsten Summen für das Militär bewilligen und außerdem zu Zwecken des Militarismus dem Volke eine Schuldenlast von 1700 Millionen aufbürdeten.

Eine neue Taktik haben die Sozialdemokraten angenommen, lesen wir in gegnerischen Zeitungen. Nun, daß der Gegner mitunter an uns bemerkt, wovon wir selbst keine Ahnung haben — das ist ja ganz richtig, und der schottische Dichter Burns sprach einen sehr vernünftigen Gedanken aus, als er wünschte, sich selber so sehen zu können, wie Andere ihn sahen. Und feindliche Augen sind besonders scharf. Aber wie verhält es sich nun mit der neuen sozialdemokratischen Taktik, die unsere Gegner entdecken haben? Die Sozialdemokratie spielt die Harmlose — sie will von Revolution und Umsturz nichts wissen — sie stellt sich tot, wie die pfiffigen Käser — Bebel hat in Berlin im Eiskeller erklärt, er denke an keine Straßenschlacht, und Diebnecht im sächsischen Landtag, er habe keinen Meineid auf die Verfassung geschworen.

Das ist die „neue Taktik“ — die Sozialdemokraten verschwören die Gewaltthatigkeit und den Meineid — — Wir reiben uns die Augen.

Was Bebel vorigen Sonntag im Eiskeller zu Berlin sagte, ist in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren von sozialdemokratischen Rednern und Zeitungsschreibern eifrig tausend Mal gesagt worden. Und was Diebnecht vorige Woche im sächsischen Landtag sagte, hat Alles schon vor 10 oder 11 Jahren im Bärlicher „Sozialdemokrat“ gestanden, als nach Diebnecht's erster Wahl in den sächsischen Landtag, die Eidesfrage ausstand.

Unser Gegner haben eben wieder einmal geschlafen und geträumt. Und was ihnen zufällig aufstößt, wenn sie einmal in einer Schlafpause schlaftrig und verdunst um sich sehen, das erscheint ihnen dann immer als „neu“ — als funkelmagelneu — und so kommen sie, wenn sie nicht schlafen, nie aus dem Erstaunen und aus den Entdeckungen heraus.

So entdeckten sie bekanntlich, daß wir „aufs Land“ gehen wollten, als wir schon genau zwanzig Jahr dort waren.

Und so werden sie noch verschiedene andere Entdeckungen machen.

Schlaflüderchen giebt's zur Genüge. Aber giebt's denn nicht ein Weckpulver für unsere Feinde? —

Die sächsischen Ordnungspolizisten haben im Landtag einen Antrag gestellt, dahingehend, daß die Regierung angewiesen werden soll, im Bundesrath für Maßregeln gegen die Börse zu wirken. Die entlarvten Großkonwucherer, denen wenigstens ein Theil der Beute entzogen werden soll, wollen den Volksgorn, den sie gegen sich erwehrt haben, auf die Börse ablenken. Nun — der Kniff ist so abgebraucht, daß auch der Blödeste ihn durchschaut. Die Sozialdemokraten des Landtages werden den Herren Agrariern die Börse überlassen, auf der ja viele von ihnen zu Hause sind, und mit einem Antrag auf vollständige Abschaffung der Kornzölle antworten. Die große Börsenschlacht in Dresden soll heute sein, und der „Blüthen“-Meinert, die komische Person des sächsischen Landtags, wird voraussichtlich übermorgen seine homerischen Heldenthaten in der „Kreuz-Zeitung“ mit gewohnter Bescheidenheit selber erzählen.

Ach, und über die Einbildungskraft des menschlichen Herzens!

Einen Künstler, gleich ihm, nur gewaltiger, schöpferischer, thatkräftiger, steht Gänther in seinem verkrüppelten Kinde entsetzt, und da muß es hinwelen vor seinen Augen, unrettbar verloren! Ella weilt nicht gern in seiner Nähe, sie schämt sich des armen, kleinen Krüppels, wie ein emiger Vorwurf sehen die blauen Augen sie an; aber geholten soll ihm werden, muß ihm werden, um jeden Preis. Mit Gewalt fast zerrt sie die berühmtesten Kerze an das Kranklager ihres Kindes; sie glaubt es nicht, wenn sie ihr wiederholen, daß es Familienanlage sei und ein Glück nur, daß die Schwindsucht seinem armen, kleinen Leben bald ein Ende machen werde. Nein, nein, der Sturz damals ist es gewesen! — Wie die Mutter von Toilettenstragen, Wohlthätigkeitsvereinen u. s. w. sehr in Anspruch genommen, das Kind der Amme überließ.

„Es war ja gut aufgehoben“ — da stürzte es vom Stuhle und das muß doch durch irgendwelche Mittel zu heilen sein. Gänther ließ sie gewähren; als sie aber schließlich zu Wunderröthen ihre Zuflucht nahm und einen alten Schäfer, welcher wohl bei den zerbrochenen oder verrenten Weinen seiner Schafe dankbare Nuten gemacht hatte und nun an der Seite einer Firtin — sehr hochgeboren, sehr fromm — das wundergläubige Schwabenland durchzog, die Rahmen gehend zu machen, herbeirief, da schloß Gänther seinen kleinen Knaben vor unbefangener Weisheit und pflegte ihn mit zärtlicher Hingabe, bis der Tod seine sanften, schwarzen Fittiche über ihn ausbreitete.

Gänther hat es nie vergessen, nie verwunden, und seine Gleichgültigkeit gegen Ella wich jetzt einer geheimen, kaum verstandenen Abneigung; denn war sie nicht eigentlich — in seinen Augen wenigstens — die Ursache zum Tode seines Lieblings, sei es durch ihre Unachtsamkeit oder durch das Erbtheil der Krankheit von Waters Seite her —

So lebten sie nebeneinander hin, langweilig, armselig und — machten ein großes Haus, d. h. Ella und ihre Mutter; Gänther kümmerte sich wenig um jene Kreise, zu seiner Frau sistem Kerger. —

Eine Mittelpartei wünscht die „Kreuz-Zeitung“, nicht etwa eine Kartellpartei, sondern vielmehr eine parteipolitische Organisation des Mittelstandes. Es ist das alle etwas umkleidete Verlangen nach einer ständischen Gliederung, bei welcher Adel und Großbesitz dann als erster Stand obenauf wäre. In der herrschenden sozialen Gährung sieht das feudale Blatt die Reaktion einer sozialen Krankheit befaßt Ausscheidung schädlicher Elemente und behauptet Neugewinnung von innerer Ruhe und Festigkeit. Diese Reaktion könne nur gelingen, wenn die Gesellschaft wieder einen Mittelstand in ihrem Schooße zu krystallisiren vermöge.

Von diesem sozialen Naturgesetz wird auch die Sozialdemokratie beherrscht in ihrem dunklen Drange nach einer Zeit, wo es nur noch einen Mittelstand giebt, d. h. ein unbedingt gleiches Niveau für alle Gesellschaftsmitglieder, für welches, da es durch Herabdrückung der oberen Zehntausend und durch Aufsteigen der unteren Millionen erreicht wird, etwa der standard of life des jetzigen Mittelstandes maßgebend sein muß.

Die Sozialdemokratie fühlt diesen dunklen Drang so wenig, daß ihr Ziel weder der standard of life des jetzigen Mittelstandes, noch der der oberen Zehntausend ist. Der standard of life, den sie für Alle erstrebt, ist ein kulturell viel höherer; sie hat ebenso wenig ein Verlangen nach dem beschränkten Maßstab des jetzigen Mittelstandes, als sie das äppige Schlaraffenleben der oberen Zehntausend ersehnt.

Aus Hessen erhalten wir folgende Zuschrift: Vor den Sozialdemokraten scheint man in der hessischen Armee eine merkwürdige Angst zu haben. So ist vor Kurzem wieder ein Rekrut aus Darmstadt, der der Soberde als Sozialdemokrat bekannt war, nicht in die großherzoglich hessische 9. Division eingereicht worden, wie die anderen Landeslinder, sondern wurde in Goldap an der russischen Grenze in ein Regiment gethät.

Neu ist dies Verfahren allerdings nicht, aber immer wieder einmal erobert es sich. Alljährlich vor dem Einziehen der Rekruten in die einzelnen Regimenter wird den Volljährigkeitsverordnungen in denjenigen Städten, in welchen sich Garnisonen befinden, in Verzeichniß derjenigen Militärpflichtigen eingeschrieben, welche in das Heer eingestellt werden sollen. Die Polizeiverordnungen haben nun die Aufgabe, diejenigen Militärpflichtigen näher zu bezeichnen, welche, nach ihrer Ansicht oder nach den gemachten Erfahrungen, ausgesprochen Sozialdemokraten sind oder sich sonst an sozialdemokratischen Vorgängen betheiligt haben. Das Verzeichniß dieser als Sozialdemokraten gekennzeichneten Militärpflichtigen geht an die Militärverwaltung zurück und diese trifft nun die Anordnung, daß solche Rekruten bei der Einstellung in diejenigen Garnisonen verlegt werden, in welchen sie fremd und in welchen die Sozialdemokraten nur wenige Anhänger haben.

Es gilt dies besonders von den Städten Mainz, Darmstadt und Offenbach, wo kein als Sozialdemokrat bezeichneter Militärpflichtiger als Rekrut eingestellt wird. Dies Verfahren wird schon seit Jahren geübt; neuerdings geht man also noch weiter und schiebt die bösen Sozialdemokraten an die Ostpreng. Jammerschade, daß man sie nicht gleich nach Sibirien schicken kann, wird wohl mancher Stoßfänger lauten.

Die schweizerische Volkabstimmung lehnte zwar den Ankauf der Centralbahn ab, doch irrt man in der Annahme, daß die Abstimmung sich überhaupt gegen das Staatsbahnsystem lehnte. Nicht bloß der hohe Kaufpreis schreckte Viele ab, ihre Zustimmung zu geben, sondern mehr noch die Befürchtung, es könnte bei künftigen Käufen der Centralbahnauf ein Präjudiz geben, und die herrschenden Eisenbahn- und Bankkreise wären im Stande, die Eisenbahnen dem Bunde zu Bedingungen zu verkaufen, welche eine erdrückende Schuldenlast oder dauernde Rinspflicht der Eidgenossenschaft bedeuten müßten. Die Mängel des Privatbahnsystems machen sich zu allgemein fühlbar, so daß eine Volksabstimmung über die Verstaatlichung sämmtlicher Bahnen mittelst Expropriation, wie sie unsere Schweizer Genossen verlangen, wohl ein günstiges Resultat geben möchte.

Der Bundespräsident Welti beharrt bei seiner Rücktritts-erklärung, die als endgiltig anzusehen ist.

Die Wahl Lafargue's — schreibt man uns aus Paris unterm 7. d. M. — ist, wie wir ja dies keinen Moment bezweifeln, heute von der Kammer, dem Antrage der Wahlprüfungskommission gemäß, für giltig erklärt worden. Alles, was über die Persönlichkeit Lafargue's zu sagen war, fügte der Herrrent, Abgeordneter Coirand, seinem Antrage bei, ist während der Wahl gesagt worden.

Gänther, sagt Ella jetzt, „bitte, laß dieses ewige Auf- und Ablaufen, es macht mich nervös.“

Gänther bleibt stehen und giebt sich große Mühe, ein Paar Fliegen, die sich am oberen Fenster versteckt haben, hinaus in den Sonnenschein zu jagen.

Gänther, fährt Ella fort, „ich denke, es wird Zeit an unsere Uebersiedelung nach Stuttgart zu denken“ — sie ist nämlich mit ihrer Mutter den Sommer über in allen möglichen Badeorten gewesen, während Gänther die ganze Zeit am Waldsee verbracht hat.

Natürlich, sagt Gänther, „Du bist ja schon zwei ganze Tage hier und fängst an, Dich sträglich zu langweilen in Gottes freier Natur.“

Ich begreife nicht, was Du hier den ganzen Tag treibst, antwortet Ella gereizt, ohne Deine Kumpans und sonstigen Bestrebungen.

Nun, da siehst Du doch, daß ich ganz gut, ohne zu „treiben“ und zu „bummeln“ existiren kann — wenn man mich nur in Ruhe läßt, lachte Gänther. Was ich treibe? Ich gehe auf die Jagd, kimmere mich um die Ernte, oder lege mich unter die Bäume ins weiche Moos und schlafe — träume.

Ein seltsam sehnsüchtiger Ausdruck taucht in den tiefen, grauen Augen auf, Sehnsucht nach etwas Unbekanntem, Unbestimmtem — vielleicht nach ewigem Frieden, ewiger Ruhe?

Ja, sagt Ella unruhig, geschäftig, schon wieder ganz bei der Sache, in acht Tagen ist ein Gartenfest beim Baron Ulmen.

Deinem alten Verehrer? wirft Gänther ein. Ella lacht erwidend — eine Anspielung auf alte Verehrer ist niemals unwillkommen.

Ja, denke Dir, er ist verheirathet, hat eine ganz junge Frau — Gäntherchen vom Lande, weißt Du — ich soll sie unter meine Fittiche nehmen, in die Welt einführen, so zu sagen.

Nun, da gratulire ich, sagt Gänther ernsthaft, Du wirst das mit vielem Geschick besorgen.

Ella hat einmal keinen Sinn für Ironie, nimmt deshalb Gänther's Antwort für baare Münze, und ergeht sich



Die Wähler von Lille haben ihn für würdig erklärt, sie zu vertreten, und die Kammer könne sich nicht zu einem Appell-gericht aufwerfen, um die Urtheile des allgemeinen Stimmsrechts umzugestalten. Dies war zwar ebenso wenig nach dem Geschmack der Opportunisten, wie die Rede Lafargue's, in der er mit Bezug auf den Vorwurf, daß er während des deutsch-französischen Krieges nicht Soldat gewesen sei, u. A. sagte, daß er, weil er verheiratet und Familienvater, damals nicht unter die Fahnen gerufen wurde, es ihm aber übrigens gleich vielen Anderen, wenn er nur gemollt hätte, leicht gewesen wäre, seine politischen Verbindungen auszulassen, um in irgend einer Präfectur Unterkunft zu finden. Nichtsdestoweniger konnte die Kammer, da es sich doch nur um eine Rechtsfrage handelte, nämlich um die, ob Lafargue wahlberechtigt sei, nicht umhin, dem Antrage des Bericht-erstatters zuzustimmen und seine Wahl zu bestätigen, was sie denn auch, obwohrl schwerer Herzens, mit 355 Stimmen gegen 27 gethan hat. Und sie hatte in ihrem eigenen Interesse wohl gehandelt, denn wollte man nachforschen, wo sich die einzelnen Abgeordneten 1870/71 befanden, dann würde man, daß gerade diejenigen, die ihren Mund so voll nahmen, um gegen Lafargue zu eifern, in irgend einem Amte eine fette Sinecure einmahnen. —

In der französischen Abgeordnetenkammer beantragte Lafargue die Amnestirung aller wegen politischer oder Streikvergehen Verurtheilten. Die von Lafargue gehaltene sozialistische Rede rief lebhaften Widerspruch hervor. Der Ministerpräsident Freycinet bekämpfte den Antrag, welcher mit 398 gegen 113 Stimmen abgelehnt wurde.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

**Posen.** Seit dem 1. Mai, der unter zahlreicher Theilnahme gefeiert wurde, war es uns nicht möglich gewesen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Man tried und konsequenter alle Lokale ab, welche uns sonst zugänglich waren. Nach einer Beschwerde beim Polizeidirektor konnten wir endlich am 3. Dezember eine öffentliche Volksversammlung abhalten, welche so zahlreich besucht war, daß viele vor dem Lokal wieder umkehren mußten. Genosse Fr. Wiese aus Berlin referirte in einem 1½ stündigen Vortrag, der oft durch lebhaften Beifall unterbrochen wurde, über: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Als in der Diskussion einer der anwesenden Gäste an den Referenten eine Frage stellte, welche derselbe, auf seine früheren Ausführungen hinweisend, zu beantworten suchte, erklärte der überwachende Polizeikommissar bei Punkt 2 der Tagesordnung, „Diskussion“, dürfe nicht wieder der Punkt 1 (das Thema) hineingezogen werden. Selbstverständlich wurde dieser merkwürdigen Auffassung von einigen Genossen energisch widersprochen, was den Beamten veranlaßte, die Versammlung im Namen des Gesetzes aufzulösen. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie verließen darauf die Anwesenden den Saal. — Die Frucht des Vortrags, der vom Genossen Wiese in die polnische Sprache überfetzt worden war, war die Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder in den Verein „Gleichheit“, der nun mit erhöhtem Eifer weiter arbeitet. Die hiesige gegenwärtige Presse leistet das Mögliche in Verbindungen, um den Erfolg der Versammlung abzuschwächen. Gegen das Verfahren des Kommissars wird natürlich Beschwerde eingereicht.

**New-York, 27. November.** An den letzten beiden Sonntagen fanden Versammlungen der sozialistischen Arbeiterpartei New-Yorks statt, welche wegen der früher berichteten Wirren in der gewerkschaftlichen Bewegung einberufen worden waren. Es wurden in denselben manche Stimmen laut, welche die Vertretung der Partei in gewerkschaftlichen Centralkörpern für unpraktisch und der sozialistischen Propaganda hinderlich hielt. Förderlich beziehungsweise die meisten Redner verteidigten indessen die Vertretung. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß Elemente, welche aus irgend welchen Motiven Zersplitterung in einem Centralkörper herbeiführen wollen, dazu stets einen Grund finden würden, auch wenn die Partei nicht als solche in demselben vertreten sei. Eine Entscheidung wurde noch nicht herbeigeführt und findet nächsten Sonntag eine weitere Versammlung statt. Es sei noch bemerkt, daß in der „Central Labor Federation“ selbst wiederholt die Anschauung Geltung fand — früher einstimmig, später gegen wenige Stimmen —, daß die Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei nicht nur wünschenswerth, sondern sogar nothwendig sei, damit sich Leute darin befinden, welche die laufenden Fragen von einem allgemeinen und höheren Gesichtspunkte be-

trachten, sich nicht von egoistischen Motiven (wie sie in manchen Gewerkschaften manchmal vorkommen) leiten lassen und stets auf dem Posten sind, wenn unsichere Kantonten angeregt werden.

Das neue anarchistische Blatt **Wissenschaft** — Erfinder der „bewaffneten Gewerkschaften“ — hat jetzt einen „Kuhqu“ aus seinen in Waldheim und Chicago gehaltenen Reden veröffentlicht, in denen über die Bewaffnungs- und Gewaltthaten sorgfältig nachgefragt sind. Damit ist die geschmackgebende Sauce weg und es bleibt nur ein wirres, nichtsagendes Geschwätz übrig. Der Mann läßt indessen oder weiß — wie die hiesige „Volkszeitung“ meint — selbst nicht, was er zusammenzählt. Seine Behauptung, jene Thesen — welche der Chicagoer Polizei den Vorwand zu ihrem brutalen Vorgehen gegeben — nicht gebraucht zu haben, ist indessen vollständig hinfällig, da kein halbwegs urtheilsfähiger Mensch annehmen wird, der betreffende Reporter der „Arbeiterzeitung“ habe sie den kapitalistischen Blättern nachgeschrieben oder aber aus den Fragern gezogen. Diese Thesen werden höchst wahrscheinlich auch den weiteren Vorwand abgeben, um eine ungünstige Entscheidung bezügl. Revolidirung der Prozesse von Schwab und Fielden zu rechtfertigen. —

Die Chicagoer „Arbeiter-Zeitung“ hatte den bekannten Sozialisten Morgan, welcher bei den letzten Wahlen als Republikanischer Kandidat aufgestellt war, beschuldigt, daß er seine Wahlkampagne mit republikanischem Gelde betrieben habe. In einer großen Versammlung der Sozialisten wurde diese Beschuldigung als eine Verleumdung gebrandmarkt und zugleich beschloffen, nie mehr mit den Anarchisten gemeinsame Aktionen zu unternehmen. Gätten unsere Genossen Kenntniß von der neuen anarchistischen „List“ in New-York gehabt — lieber gegen Bezahlung für eine der kapitalistischen Parteien als für die sozialistische zu stimmen, — so würden sie die Sache humoristisch-satirisch behandelt haben!

Die Generalversammlung der **Knights of Labor**, welche vom 10. bis 20. Nov. in Toledo Ohio tagte, hat gezeigt, daß der Orden in Erkenntniß der gesellschaftlichen Verhältnisse noch keinerlei Fortschritte gemacht, trotz des „Erziehungswortes“, welches nach dem „General-Workmeister“ Powderly seine Hauptaufgabe ist.

Powderly hatte vor einiger Zeit ominöse Andeutungen über „politische Aktion“ gemacht; auf der Assembly ergab sich aber, daß es sich um weiter nichts handelte, als um eine Aenderung in der „Pressenspolitik“, indem die Knights sich nicht mehr auf Arrangements mit Parteien einlassen, sondern die einzelnen Kandidaten derselben haranguiren sollen. Beschlossen wurde aber in dieser Richtung nichts. Auch sonst kam nichts von Bedeutung vor, wenn man nicht den Beschluß in Betracht zieht, wonach der nächsten Konvention der „Am. Federation of Labor“ der Vorschlag gemacht werden soll, einen Kartenswechsel mit dem zum Orden gehörenden Organisationen einzugehen. Die daran geknüpft Drohung, daß man die Sache ablehnenden Falles vor das „Publikum“ bringen werde, läßt aber annehmen, daß da wieder einer der „Tricks“ vorliegt, wie er seinerzeit bezüglich Abhaltung einer „industriellen Reform-Konferenz“ angewendet wurde, indem man Vertretungsbedingungen stellte, auf welche nicht zum Orden gehörende Organisationen nicht eingehen konnten.

In Staate New-York haben sich bis heute aus 43 Counties 13 157 Stimmen für den sozialistischen Gouverneurs-Kandidaten zusammengeklappert; 17 Counties stehen immer noch aus.

In Massachusetts sind auf die sozialistischen Kandidaten von 1429 bis 2525 Stimmen gefallen. Erstere Stimmenzahl erhielt der Gouverneurskandidat, wonach also auch dort ein Theil, ja beinahe die Hälfte der sozialistischen Wähler sich noch nicht entschlossen hat, ihre Stimmen unter keinen Umständen mehr für eine der „Goodie-Parteien“ wegzuworfen.

## Soziale Uebersicht.

An die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen und selbständigen Kaufleute Berlins!

Die fortschreitende Entwicklung der privokapitalistischen Großbetriebe hat naturgemäß eine Reihe kleiner Existenzen vernichtet und die proletarischen Massen gezwungen, sich zur Wahrung ihrer Interessen gewerkschaftlich und politisch zu organisiren.

Die früher in den einzelnen Berufsgruppen vorhandenen gewesenen sogenannten Gemeinsamkeit der Interessen ist gänzlich geschwunden und an Stelle dieses patriarchalischen Verhältnisses ist ein unüberbrückbarer Klaffen eingetreten.

Kein Theil der Bevölkerung weiß nun in unserem heutigen Klassenstaate, in einem einzigen Berufsweize, so Klassen Klassen-gegenüber auf, wie der Kaufmannsstand. Und von keinem Theile der Bevölkerung wird diese Thatsache so wenig erkannt oder so zu verschleiern gesucht, wie gerade von den Kaufleuten. Während wir unter denselben auf der einen Seite den Typus des fatten Bourgeois finden, sehen wir auf der anderen ein

Ja! Klingt's in seinem Innern — er möchte sie wiedersehen, das wilde, süße Kind. —

Ella weint noch ein bißchen über Günther's Schlechtigkeit, trocknet aber schließlich ihre Thränen und:

„Mama,“ sagt sie, als Frau Bornstedt ins Zimmer tritt — Ella ist niemals ohne „Mama“, folglich Günther nie ohne Schwiegermutter —

„Mama, glaubst Du nicht, daß rother Sammet mir sehr gut stehen wird?“

### III.

Unter der Fächerlinde im Burrgarten — wie vornehm das Klingt, nicht wahr? Ja, mit dem Burrgarten hat es seine eigene Bewandniß. Ernst Rehlings's Gut Werbern war vor langen, langen Jahren eine alte Burg, später ein Kloster; nun ist das Herrenhaus auf den Ruinen des Klosters erbaut, dicht über den Ufern der Weser, und auf der in Trümmer gesunkenen Burg ziehen sich schattige Gänge, kuppige Rosenplätze dem Flusse zu, und dort, wo man zwischen den Bäumen hindurch die herrliche Aussicht auf den gegenüberliegenden Solling hat, breitet eine träumerische Fächerlinde die grünen Zweige aus und eine mächtige Blaubuche ragt düster gen Himmel.

Das Wohnhaus schaut alterthümlich, nicht gerade schön, aber anheimelnd gemüthlich aus; eine hohe Steintreppe, an deren Fuß zwei schlanke Pappeln Schildwache stehen, führt hinauf, und drinnen, hinter der schweren Eichentüre, da fühlt man sich in den hohen, altmodischen Räumen ganz zu Hause und freut sich über die wundervolle Fernsicht aus den hohen Bogenfenstern über Fluß und grünes Thal, auf blaueschimmernde Berge.

Aber auch gar unheimlich ist's auf den Ruinen, Nachts zwischen wütht und eins, um die Geisterlande. In dem tiefen Burrgarten, von Gras und Geiräup überwuchert, welcher Haus und Hof vom Burrgarten trennt, da hört man Reitergerassel und Schwerterklirren und sanften Rauschen, wie von selbsten Gewandern, und unten im alten Klosterkeller, der mächtig gewölbt, gar groß und düster ist, wagt sich keine der Wägel zu später Stunde. Laut kreischend kam einst Stinchen, das Mädchen, mit schlatternden Knien zur „Mamsell“ gestürzt und schwört

darbendes Proletariat, das oft bis zum Lumpenproletariat herabsinkt, wie dies die Statistiken der Arbeiterhäuser z. B. beweisen.

Die Lage der Kleinrentner, welche, um mit den Großbetrieblern konkurriren zu können, bei geringem Verdienst ihre Arbeitskraft auf den besten anzuhängen gezwungen sind, wird trotz ihres Fleißes eine stetig schlechtere; der kaufmännische Mittelstand wird infolge dessen mehr und mehr aufgerieben und stürzt die Reihen des um seine Existenz kämpfenden Proletariats.

In keinem Kreise der Bevölkerung ist weiter der Standesbänkel und der Indifferentismus ein so ausgeprägter, nirgends das Solidaritätsgefühl ein so geringfügiges, als im Kaufmannsstande, daher auch in keinem andern Berufe die Schaffung einer kräftigen Organisation mit so großen Schwierigkeiten verknüpft als hier.

Zwar sind Hunderte bereits unserem Rufe gefolgt, den wir vor zwei Jahren an die Kaufleute Berlins richteten: „Handlungsgehilfen, wacht auf!“ aber noch stehen sehr viele unserer Bestrebungen verständnißlos gegenüber. Dies hat indessen die muthige Schaar nicht beirrt, die sich, tapfer allen Vorurtheilen trotzend, der f. J. gegründeten sozialdemokratischen „Freien Vereinigung der Kaufleute“ angeschlossen und durch ihre unermüdete Agitation die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften auf sich lenkte.

Die Erfolge in den Fragen der Sonntagsruhe, Krankenkassen-Gesetzgebung u. d. m. haben mit Flug und Reich der Freien Vereinigung der Kaufleute gut geschrieben werden. Diese Organisation steht voll und ganz auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterbewegung, der internationalen Sozialdemokratie.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hat mit den „Harmonie“-Aposteln, welche sich anglich bemühen, die bestehenden Interessengegensätze zu vertuschen, ein für alle Mal gebrochen, und stellt es sich zur Aufgabe, im Gegensatz zu denen wie Max Hirsch u. die Wunden, welche das Großkapital den kaufmännischen Arbeitern schlägt, offen aller Welt zu zeigen und dadurch mit Macht auf die Beseitigung der grassirenden Uebelstände zu bringen. Indem sie den Widerstand der Bourgeoisie gegen gesetzgeberische Regelung des „freien Spiels der Kräfte“ mit zu brechen sucht, stellt sie sich auf den Boden der Gewerkschaftsbewegung und indem sie weiter dahin ausläßt wirkt, daß die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter von der heutigen Gesellschaft nicht bewilligt werden, da hierdurch die Basenabdingungen der jetzigen Wirtschaftsordnung erschüttert werden, so zeigt die Freie Vereinigung der Kaufleute, daß sie auch eine hohe politische Aufgabe zu erfüllen hat, nämlich die sozialistischen Ideen in die Reihen der Kaufleute zu tragen, um unter denselben der Arbeitersache neue Anhänger zu gewinnen. Genossen, die Ihr Euch schon in politischer Beziehung der Sozialdemokratie angeschlossen habt, wir richten nun an Euch das dringende Ersuchen:

Unterstützt die Bedeutung unserer Bewegung nicht! Tretet der „Freien Vereinigung der Kaufleute“ als thätige Mitglieder bei. Unterstützt sie materiell und durch rege agitatorische Thätigkeit! Stärkt ihre Reihen, damit diese Organisation einen Sammelpunkt aller sozialistischen Kaufleute Berlins bildet! Ohne Kampf kein Sieg!

Es harren unser in der bevorstehenden Winterkampagne wichtige Aufgaben, die zu lösen eine Reihe bewährter Kämpfer erfordert. Nur wenn sie zu imposanter Stärke gelangt ist, kann die Freie Vereinigung der Kaufleute eure wirtschaftlichen Interessen fördern und die politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie erfolgreich unterstützen.

Der Unterzeichnete ist gern zur Uebersendung von Statuten bereit und nimmt Anmeldungen neuer Mitglieder jederzeit entgegen.

Monatlich finden zwei Versammlungen statt, deren Bekanntmachung im „Vorwärts“ und durch Säulenanschlag erfolgt. Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Kaufleute.  
J. A. Albert Raasch, Solmsstr. 14.

Die tendenziös gehaltenen Nachrichten, welche die Buchdruckerbesitzer über den Stand des deutschen Buchdruckerkreises verbreiten, sind auch in die ausländische Bourgeoispresse lancirt worden. Denselben Lügen, Entstellungen und Verdrehungen, wie sie von deutschen Zeitungen folpostriert werden, begegnen wir z. B. auch in der englischen Presse. Der Kapitalismus ist eben international. Da die Arbeiter Englands in Streikangelegenheiten so erfahren sind wie nur je eine Arbeiterschaft, so werden die deutschen Bourgeoisigen für zur Unterstützung der deutschen Buchdrucker nur ermuntern.

Die Trades Unions ganz Englands haben — trotz Eügen Richter — die Unterstützung der freirendenden deutschen Buchdrucker beschlossen. Ferner halten in London die Trades Unions nächsten Sonntag ein Massen-Meeting zu Gunsten der Streikenden ab.

In London fand am 26. November die Jahresversammlung der Frauengewerkschaften statt. Dieselbe beschloß u. A. die Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren zu fordern.

heute noch, daß sie einen langen, dünnen Peter gesehen, dort unten hinter den Häusern und sogar seine Knochen habe raseln hören. Und des Nachts, da geht es leise „tap, tap“, durch's ganze Haus und fast an die Klinke der Thüren, ob sie auch gut geschlossen sind — wohl, ob auch die Mönche da drinnen nicht hinaus können aus ihrem düsteren Gefängniß, um im Mondenschein zu promeniren, mit den blonden Burgfräulein zur Gespersterrunde.

— Oh, viel schöne, geheimnißvolle Geschichten weiß die alte Dörte zu erzählen, das alte, runzlige Mütterchen. Geh nur mal hinein in ihr Revier, den Pflückerhof, wo sie die Küken und jungen Entlein mit gebakten Breinesteln und Eieru füttert, wenn Du das Graslein noch nicht kennst, so lernst Du's dann bald.

Aber wohin gerathe ich? Ja, das kommt davon, wenn man sich nicht vorher überlegt, was man schreiben will und nun so ins Blaue hineinträumt. Jetzt aber „Tristram Shandy's“ berühmte gerade Linie innegehalten und keine Rücksprünge mehr gemacht! Also: Unter der Fächerlinde im Burrgarten ist's schattig und kühl, da hat sich die Familie Rehling eines schönen Sommernachmittags versammelt. Nur unser Freund Ernst fehlt. Er ist auf Reisen, sollte seit gestern schon wieder zurück sein, aber weder er, noch ein Brief oder Telegramm ist eingetroffen bis jetzt. Darüber schmolzt Frau Gertrud — o, daß Ihr's nur wißt, Ernst ist schon seit sieben oder acht Jahren verheiratet. Gertrud Wolff, die Tochter des verstorbenen Justizraths Wolff in dem nahegelegenen Städtchen Hörtheim — das Kind stand allein bei seinen unliebendwürdigen, kleinstädtischen Verwandten — hatte es ihm angethan mit ihren großen, blauen Augen und dem schelmischen Grinsen in dem runden Kinn. Da hat er um sie gefreit und jetzt ist sie die geliebte Mutter seiner schönen, gesunden Kinder. Sie bilden einen erstreulichen Gegensatz zu Norberg's, gehören fast zu den Ausnahmen von der Regel, aber es ist auch leichter — in diesem Falle.

(Fortsetzung folgt.)

in allen nur möglichen Plänen für die kommende Winter-

Da tritt Günther dicht vor Ella hin und legt die Hand schwer auf ihre Schulter, es ist eine große Hand, kräftig und muskulös, es liegt Charakter drin.

Ella sieht erstaunt zu ihm auf — Günther ist sehr groß, sehr breitschultrig, fast kolossal, nichts Elegantes an ihm, alles Kraft, Stärke, Troh.

„Laß mich aus Deinen Plänen, Ella,“ sagt er ruhig, jedes Wort betonend, „ich werde nicht mit nach Stuttgart gehen, um dort den Gatten meiner Frau zu spielen. Ich habe dieses Leben satt. Laß mich hinaus in die Berge, in die Welt, an mein geliebtes Meer, aber nicht in den Kneipen und Spielunten Stuttgarts' elend zu Grunde gehen!“

„Ich begreife Dich absolut nicht,“ meint Ella verwundert, „was willst Du denn?“

„Ich habe Heimweh, Ella,“ sagt Günther traurig, „Heimweh nach mir selber. Ich sage Dir, laß mich ziehen, sonst werde ich noch wahnsinnig. Wenn wir einmal eine Zeit lang getrennt von einander waren, vielleicht wird es dann besser mit uns, Ella.“

„So, und was aus mir wird, das ist Dir einerlei. Was werden die Leute davon denken, was wird Mama sagen, wenn wir wieder den Winter über allein in Stuttgart sein sollen und mein Mann auf Reisen geht, nachdem er mich den ganzen Sommer nicht gesehen hat. — Ach Gott! ich bin doch wirklich eine ganz unglückliche Frau!“ schluchzt sie.

„Du hättest mich nicht heirathen sollen, das wäre besser für Dich gewesen,“ sagt Günther bitter.

„Ja, das wäre es auch,“ fährt Ella jetzt auf, „ich hätte es wahrhaftig viel besser im Leben haben können, als mit einem Manne, der nichts kann und nichts wird.“

„Das ist Recht,“ entgegnet Günther ruhig, „denke Du nur stets an Dich, niemals an Andere, damit kommst Du am weitesten.“

„Uebrigens werde ich hierbleiben, bis ihr abgeriffet seid. Und dann — Ja, wohin dann?“

„Pflüchlich taucht ein Gedanke in ihm auf. — „Nach den Welterbergen,“ sagt er jetzt bestimmt.



**Theater.**

Donnerstag, 10. Dezember.  
Opernhaus. Don Juan.  
Schauspielhaus. Der kommende Tag. Am Fenster.  
Deutsches Theater. Torquato Tasso.  
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.  
Löffing-Theater. Cavalleria rusticana. Salsifikation.  
Kessden-Theater. Madame Monodin.  
Wagner-Theater. Immer zerstreut! Ganni weint - Ganni lacht.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Zigeunerbaron.  
Thomas-Theater. Fliegende Blätter.  
Ostend-Theater. Faust.  
Sellealliance-Theater. Der Rattenfänger von Hameln.  
Adolph-Grise-Theater. Der große Prophet.  
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.  
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.  
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Rausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

**Circus Renz.**

Parlstraße.  
Donnerstag, den 10. Dezember cr. Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland** Große hydrod. Ausstattung-Pantomime in 2 Abteilungen m. National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen u. f. w. Dampf-schiff- u. Bootfahrten, Wasserfällen, Riesen-Pontainen mit allerlei Lichteffekten u. f. w., arrangiert u. inszeniert von Direktor E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Geschw. Johnson. Schlag-tabelle: Grande Fontaine Luminense. Außerdem: Zyzka, Zanto, Dabosz u. Bravo, arab. Vollblut-Schimmelhengste, zusammen vorgef. v. Hrn. Franz Renz. Johanner, ger. v. Fr. Oceana Renz. Jeu de barre, ger. v. 3 Damen. Cyd, ger. von Herrn Gaberel. Eine Ver-gängungsfahrt m. versch. Hindernissen, origin. höchst komische Szene v. d. neu engag. Eiton-Troupe. 6 Gladiatoren. 4 Gobr. Briatore, weltber. Akrobaten. Mr. P. Chiarini, Jodengreiter. Mr. Henry, Barrocereiter. Geschw. Cottrelly, Equilibristinnen. Mlle. Natalia, außerordentl. Reitschülerin u. Komische Entrees und Intermozos von sämtlichen Clowns.  
Täglich: „Auf Helgoland“.  
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei): **Gr. Komiker-Vorstellung mit eigens für die Jugend gewähltem Programm.** Zum Schluss: „Leben und Erleben auf dem Eise.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland.“  
E. Renz, Direktor.

**Circus G. Schumann.**

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Pariser.  
Donnerstag, den 10. Dezember cr. Abends 7 1/2 Uhr: **Große Clown- und Komiker-Vorstellung.** Wer sich amüsieren will, muß heute kommen. Besonders hervorzuheben: Zum ersten Male in Berlin! Ren, Ren! Die zusammengeflochtenen Akrobaten, ausgef. v. Klown Little Fred und seinen Koll. Auf vielf. Verlangen: Schul-Quadrille, ger. v. Direktor mit seinen Kindern. Nur noch einige Gast-Vorstellungen des berühmten Athleten-Trio's G. Rasco. Herr Rasco hebt mit einer Hand ein lebendes Pferd und trägt dasselbe in der Manege herum. Um die 300 M. ausgef. Prämie zu erhalten, hat sich der Präsident des Athleten-Klubs

**Herr Kügler, Strelitzerstr. 32,** gemeldet und wird heute Abend in der Manege versuchen, das Pferd zu heben und wie Hr. Rasco drei Bierkrüge tragen. Fiddbus, asiat. Klasse, als Springpferd vorgef. v. Direktor. Zum 1. Male: **Der Phonograph, neues Entree des Klown Little Fred.** Das dreif. Schwein Zippel, vorgef. v. Klown Tanti. Abfahrt vom Corps de ballet-Ball mit der Gepäc-Droschke Nr. 1001. (Höchst kom.) Ferner Auftreten der vorzügl. Reitschülerinnen und Reitkünstler.  
Zum Schluss d. Vorstellung: **Circus unter Wasser.** Dreig-Wasser-Pantomime mit sensationellen Licht- und Wasser-Effekten. Großart. Wasserfall, Riesen-Fontäne u. c.  
Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländl. Hochzeit.

**Fritz Heller**  
**Margar. Heller, geb. Brieger**  
Vermählte.  
Berlin, Veteranenstr. 28.

Die unter der Firma R. Baglanski bisher in der Dresdenerstr. 52/53, City-Passage, Laden 14, betriebene Arbeiter-Buchhandlung führe ich vom heutigen Tage an in den bedeutend erweiterten Geschäftsräumen, Laden 8, 9 u. 10, unter meinem Namen weiter. Ich bitte, das dem Geschäft bisher entgegengebrachte Vertrauen ihm auch ferner schenken zu wollen und empfehle mich zur Beforgung der gesamten sozial-demokratischen Literatur sowie aller anderen Broschüren, Bücher und Lieferungswerke. Reiche Auswahl von Weihnachtsgeschenken. Billigste Bezugsquelle für Kolporteurs.  
4586  
**H. Baake.**

**Steppdecken!!**  
größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lafèvres Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. (11451)  
1 Posten **Schlafdecken** mit kleinen reimm. Rücken  
Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.  
Worth das Doppelte!!  
Zuspr. Preisliste gratis u. franko.

**Achtung! Achtung!**  
Wir empfehlen die Kind- u. Schweine-Schlächtere des gemäßigten Genossen **Jenghofstr. 10, S.O.** (10721) **Hd. Brännig. G. Koch.**

Am 9. d. Mts. ist mit ein Kanarienvogel entflohen, Wiederbringer erhält gute Belohnung. **Th. Sobtschal, Pinenstr. 148, Hof 3 Tr.** 4586

**Vereinsabzeichen.** Stempel u. Grav. vierung, empf. d. Genossen **G. Kleist, Waldemarstr. 48.**

**Buchdrucker!**

Morgen, Freitag, den 11. Dezember ds. Js.,  
Nachmittags 4 1/2 Uhr:

**Allgem. Buchdrucker-Versammlung**

mit Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen  
im großen Saale der „Bock-Brauerei“,  
am Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:  
1. Wichtige Mittheilungen über die Situation. 2. Verschiedenes.  
Alle arbeitslosen Kollegen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sind hierzu dringend eingeladen.

Der Einberufer.

**Große öffentliche Volksversammlung**

am Sonntag, den 13. Dezember, Vormittags 10 Uhr,  
im Königshof, Bülow-Str. 37.  
Tagesordnung:  
1. Die bevorstehende Kommunal-Stichwahl. Referent Genosse Otto Katriel.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Einberufer.  
595/19  
(Die für Donnerstag geplante Versammlung kann Umstände halber nicht stattfinden.)

**Achtung! Moabit. Achtung!**

**Große öffentliche Volks-Versammlung**  
Donnerstag, den 10. Dezember, Abends 8 Uhr,  
in Arends' Brauerei, Thurm-Str. 26.  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehende Kommunal-Stichwahl. Referent: Stadtverordneter **Vogtherr.**  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Einberufer.  
995/20

**Maurer!**

Sonntag, den 13. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.  
**Große öffentliche General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Bedeutung und die heutige Lage des Buchdruckerstreiks. Referent **Buchdrucker Ph. Schmitt.**  
2. Das weitere Eingreifen der Maurer Berlins zu diesem Streik. Referent **Kollege A. Wehrndt.**  
3. Diskussion. 427/2  
4. Gewerkschaftliches.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Zellerfassung findet statt.  
Der Vertrauensmann, **W. Garbo.**

**Kartell**

**d. Berlin. Bauhandwerker u. Bau-Arbeiter**  
als da sind:  
Maurer, Zimmerer, Maler, Töpfer, Bau-Arbeiter und Stuekatoren.  
Freitag, den 11. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr, in Nieß's Salon, Weberstr. 17.  
**Große öffentliche Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme des Kartells zur Berliner Streik-Kontrollkommission.  
2. Verschiedenes.  
3. Zahlreiches Erscheinen aller Beteiligten ist notwendig.  
**Säulen-Anschlag findet nicht statt.**  
Der Ausführungs-Ausschuss.  
Z. A.: **Karl Thiem, Töpfer, Kuppnerstr. 4.** 219/3

**Große öffentliche Versammlung**

für  
**Handlungs-Gehilfen u. -Geheulinnen**  
Heute, Donnerstag, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,  
im großen Saale des Böhmischen Brauhauses,  
Landsberger-Allee 11-13.  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Handlungsgehilfen Berlins zum bevorstehenden Krankenkassenzwang, zum Deutschfreisinn und zur Sozialdemokratie. Referent: **Heinrichstag's Abgeordneter Julius Seifert.** 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Die Abgeordneten **Eborty, Hirsch, Goldschmidt, Meyer, Schrader (Freif.)**, **Brahms, Singer (Soz.)** sind hierzu schriftlich eingeladen.  
Plicht eines jeden jungen Kaufmanns ist es, zu erscheinen. Jedermann hat Zutritt.  
177/6  
Der Einberufer.

**Nachverein der Tischler (Norden)**

Montag, den 14. Dezember, Abends 6 1/2 Uhr, bei Schröder (Wedding-Park), Müllerstr. 178. 323b

**Grosse Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes und Fragekasten.  
Kollegen! Machte nochmals ganz besonders auf die letzte, in diesem Jahre stattfindende Versammlung aufmerksam und ersuche um recht zahlreichen Besuch. Auch Gäste haben Zutritt.  
Der Bevollmächtigte.

**Lassalle-Medaillen** mit beliebiger Rückseite als Erinnerungs-Medaillen, in weisem und gelbem Metall und in Silber. **R. Haack, Goldschmied, SW., Plücherstr. 16, parterre.**

**Achtung! Achtung!**

**Filzschuh-Arbeiter!**  
In der Filzschuh-Fabrik von **H. Housmann** sind sämtliche Arbeiter wegen persönlicher Differenzen entlassen worden. Zutritt ist streng fern zu halten.  
Die Kommission.  
Z. A.: **Dallmann.** 184/2

**Orts-Krankenkasse**

der  
**Tischler u. Pianoforte-Arbeiter.**  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Klassen-Mitglieder u. der Arbeitgeber  
am Freitag, 18. Dezbr., Abds. 8 Uhr,  
Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes seit der Vertretung der Arbeitgeber.  
2. Antrag des Vorstandes, die Wahl des Herrn Hoffmann als Kassierer aufzuheben und an dessen Stelle eine Neuwahl vorzunehmen.  
Der Vorstand.  
459b

**Erklärung!**

Auf die Erklärung des Hrn. A. Sackmann, Zeitungsredakteur, Postenstr. 50, in der Sonntags-Nummer des „Vorwärts“ erklären wir, daß derselbe nach Durchsicht der Blatts- und Handlisten für Dr. Jabel gestimmt hat und der blaue Strich in der Hauptliste nur aus Versehen geschwunden sein kann; jedoch jede Schikane noch geschäftliche Korrespondenz ist ausgeschlossen.  
430/1  
Das Bezirks-Komitee  
des 10. Kommunal-Wahlbezirks.  
Z. A.: **Otto Klein, Schönleinstr. 6.**

**Achtung!**

Alle diejenigen, welche noch Fahnen und Fahnenstangen vom 2. Wahlkreis in Händen haben, werden ersucht, dieselben umgehend bei **Otto Klein, Schönleinstr. 6,** abzuliefern.

**Möbel, Spiegel und**  
**Polsterwaaren.**  
eigener **Gr. Lager, bill. Preise.**  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
Zahlung nach Uebereinkunft.

Meine Freunde und Parteigenossen bitte ich, für mich bestimmte **Buchbinder-Arbeiten** nach wie vor bei folgenden Genossen mit Angabe der Adressen abzugeben: **Falkorke, Junkerstr. 1; Gobel, Kottbuserstr. 1; G. Schulz, Cigarrengesch., Kottbuserstr. 1; Schweizer, Cigarrengesch., Dresdenstr. 53/54 (City-Passage); G. Tempel, Dresdenerstr. 27; Anadt, Brunnenstr. 38; Zabel, Raunauerstr. 86.** 1268  
**Constantin Janiszowski,**  
Buchbinderei,  
**Kottbuser Damm 99, Hof part.**

**Teppiche!**

**Gardinen!**  
**Steppdecken!**  
kauft man am  
**billigsten**  
in der Fabrik von  
**J. Brünn, Hackesches Markt 4**  
(Stadtbahnhof Vorz.)

**Zu 15 Stunden** lehre ich einen jeden, auch schon im vorgerücktem Alter, ohne jede Vorkenntnisse, schön und geläufig schreiben (S. 29.) sowie Rechnen, Buchführung, Englisch, Französisch, Dir. Köhner, Postenhalterstr. 8, Damentorstr.

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Heute sowie täglich:  
Auftreten der  
**Hamburger Gaudebrüder**  
Konzert- und Komplettsänger.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.  
Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 3 Regelbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1169L

**Stabliement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
Direktion **A. Ködman.**  
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**  
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
Spezial-Buskant und Jagdhof-Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
641 **F. Müller.**

**Prinzeß Pauline,**  
die lebende Puppe in  
**Castan's Panopticum**  
ohne  
**Extra-Entree.**  
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Castan's Panopticum**  
Friedrichstr. 165, Ecke Behrenstr.  
**Viele Neuheiten!**  
**Castan's Irrgarten.**  
**Schreckens-Kammer.**  
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum**  
im  
**Theater-Saal**  
**Ein Weihnachts-Märchen**  
von **Dr. J. Lohmeyer.**  
Musik v. **Th. Krause.**  
Ohne Extra-Entree.

**Präucher's anatomisches MUSEUM**  
Kommandantenstr. 30-31.  
Biel Neues  
Dienstag u. Freitag: **Damentag.**  
Entree 50 Pf. Militär 25 Pf. (14211)

Empfehle meinen Saal den geehrten Vereinen in jeder Hinsicht unentgeltlich. **G. Bohne, Hasenhaide 45/47.**  
**Achtung!** 451b  
Allen Genossen empfehle mein Lokal für Vereine u. kleine Gesellschaften. **Otto Hoff,** Friedrichsbergstraße 22.  
Heute großes Gänse- u. Hasen-Ausspielen, wozu Freunde und Genossen eingeladen werden. 449b  
**H. Doelke, Mühlauerstr. 83.**

bis 50 Pers. zu verg. **Flick, Simonstr. 23.**  
**Bereinszimmer**  
**Dr. Hoosch, Homöopath. Arzt**  
Artilleriestr. 27. 8-10, 3-7, Sonnt. 9-10



Parteigenossen! Arbeiter Berlins!

Am 15. Dezember finden im 10. und 40. Kommunal-Wahlbezirk die Stichwahlen statt. Mithin haben die Arbeiter, Kleinen Handwerker und Beamten in vorbenannten Bezirken nochmal...

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jeder Preussische Wahlberechtigter, welcher das 24. Lebensjahr erreicht hat, seit einem Jahre in Berlin wohnt, die bürgerlichen Ehrenrechte nicht verloren hat...

Die Stadtverordneten-Stichwahl findet Dienstag, den 15. Dezember, von Vormittags 9 bis Abends 7 Uhr ununterbrochen — mithin auch die Mittagszeit hindurch statt.

Jeder Wähler dieses Bezirkes hat sich zur Legitimation mit der Wahlkarte, welche vom Magistrat jedem Wähler zugestellt wird, oder mit der letzten Steuerquittung zu versehen.

Wir machen noch jeden Wähler darauf aufmerksam, den Namen der Kandidaten

für den 10. Kommunal-Wahlbezirk: Dr. Ignaz Bader, Annenstraße 46 wohnhaft;

für den 40. Kommunal-Wahlbezirk: Theodor Meyner, Schuhmachermeister, Raunynstraße 72 wohnhaft.

laut und deutlich am Wahlstische zu nennen.

Das Zentral-Wahlkomitee. S. A. Otto Klein, Schulmeisterstraße 6.

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

136. Sitzung vom 9. Dezember 1891, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Büttcher, von Marschall.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der vom Abgeordneten Goldschmidt eingebrachte Gesetzentwurf, in Art. 61 des Allgemeinen Deutschen Handels-Gesetzbuchs folgende Sätze einzufügen:

Beim Abgange können die Handlungsdiener ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern.

Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Handlungsdiener auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszu dehnen.

Abg. Goldschmidt (Dr.): Mein Antrag hat nur die gelehrten Kaufleute, nicht auch die Lehrlinge im Auge und bezweckt, den im kaufmännischen Beruf Beschäftigten die Rechte zu gewähren, welche man den gewerblichen Arbeitern schon 1878 gewährt, und welche die Gewerbe-Ordnung noch in der Absicht erweitert hat, Alles wegzunehmen, was den Arbeiter in seinem Fortkommen hindert; ein schlechtes Zeugnis sollte ihm nicht alle Thüren verschließen. Aus Wohlwollen für die Handlungsgehilfen oder -Diener beschloß das Haus, die Paragrafen, betr. die Sonntagsruhe, auch auf sie auszu dehnen, und stellte sie unter den Rasterzwang, obwohl ich ein Gegner des letzteren Beschlusses bin; denn nicht Krankheit ist die Ursache ihrer Noth, sie sind jung, Betriebsgefahren nicht angelegt, und ihre freien Hülfsklassen und kaufmännischen Vereine gewähren reichliche Hilfe, als Zwangslassen es vermögen. Ihre Noth ist die Folge von Stellenlosigkeit, weil die Geschäfte schlecht gehen, oder die Vorbildung der jungen Leute für ihren Beruf vielfach unzureichend ist. Mein Antrag bezweckt, ihnen die Möglichkeit, eine neue Stelle zu finden, zu erleichtern, indem er das Prinzip des § 113 der Gewerbe-Ordnung auch auf die kaufmännischen Gehilfen ausdehnt; für Prokuristen oder Buchhalter in besseren Stellen hat er keine Bedeutung, sondern nur für die große Zahl von Handlungsdienern in untergeordneter Stellung, für die Tausende von Materialisten, Verkäufern und Expedienten, deren Einkommen vielfach geringer ist als das der Arbeiter. Dem unselbständigen Mitgliede des Kaufmannsstandes ist es weit schwieriger als dem Arbeiter, sich bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wenn auch die Handlungsgehilfen sich zu Organisationen vereinigen und manches Treffliche in dieser Beziehung schaffen, so fehlt diesen Organisationen doch die Kraft, welche den Vereinigungen der Arbeiter durch die große Zahl ihrer Mitglieder innewohnt. Nach der Verfassung von 1882 beträgt die Zahl der unselbständigen Kaufleute noch den zehnten Theil der gewerblichen Arbeiter; 600 000 Kaufleute stehen 7 000 000 Arbeitern gegenüber. Wie wenig günstig die Lage der Gehilfen im Kaufmannsstande ist, geht aus der trefflichen Schrift des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hervor, und aus einer Petition an den Reichstagler von 45 kaufmännischen Vereinen mit 57 000 Mitgliedern. Der Art. 61 des Handels-Gesetzbuchs enthält eine Lücke, die von der Rechtsprechung unangenehm empfunden wird und zu widersprechenden Entscheidungen führt. Alles, was seinerzeit für den § 113 der Gewerbe-Ordnung angeführt wurde, trifft auch auf die Verhältnisse der Handlungsgehilfen zu. Wie häufig kommt es vor, daß einem Angeheften, der mit seinem gestrigen Prinzipal Differenzen gehabt, etwas in das Zeugnis geschrieben wird, was dem jungen Manne einen Makel andrückt und ihm für lange Zeit wie ein Bleiwort anhängt. Wie oft kommen Mißverständnisse vor, wie oft

erweckt die Gnade, die der junge Mann vor den Augen der Tochter oder Nichte des Prinzipals findet, dessen gerechten oder ungerechten Zorn. Soll der Betroffene sein ganzes Leben lang darunter leiden? Es wird ja, wie mein Antrag sagt, Jedem unbenommen bleiben, neben der Bescheinigung über die Art und Dauer seiner Beschäftigung auch ein Zeugnis über seine Führung und Leistung zu verlangen, und in den meisten Fällen wird auch davon Gebrauch gemacht werden. Was mein Antrag beabsichtigt, ist, daß ein junger Kaufmann gezwungen sein soll, entweder ein ihm ungünstiges Zeugnis, das seinem Fortkommen nachtheilig sein muß, zu erhalten, oder, was ihm nicht minder nachtheilig ist, auf eine Bescheinigung über die Art und Dauer seiner Beschäftigung zu verzichten; und ferner, daß auch wirklich einmal vorgekommene Fehler oder Nachlässigkeiten der Jugend bis in spätere Jahre hinein nachwirken und das Leben verbittern. (Weisfall.)

Abg. Uhlendorff (Dr.): Der Antrag verlangt, daß die Prinzipale sich nur dann über die Leistungen der betr. Kommiss für oder wider äußern, wenn diese es ausdrücklich wünschen. In dieser Form wird er niemals seinen Zweck erreichen. Kein vorsichtiger Kaufmann wird einen Handlungsgehilfen engagiren, von dem er nur weiß, daß er so und so lange da und dort gearbeitet hat. Derjenige Kommiss also, der nicht jedesmal ein Zeugnis fordert, wird die Vermuthung wachrufen, daß bei ihm etwas hapert. Einen Schutz gegen wahrheitswidrige Zeugnisse des Prinzipals gewährt der Antrag auch nicht. Erhebt der Chef aus dem Zeugnis, wo der Kommiss früher beschäftigt war, so wird er sich bei dem früheren Prinzipal erkundigen. Sie müßten geradezu durch Strafandrohung eine schriftliche oder mündliche Versicherung über den Kommiss verhindern, wenn Sie Ihren Zweck erreichen wollen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Abg. Hartmann (Kons.): Wie ist nur ein Fall bekannt, in dem ein Prinzipal sich weigerte, ein Zeugnis anzustellen, und deshalb von dem Kommiss verklagt, auf Grund eines Gutachtens der Kellnerin der Berliner Kaufmannschaft verurtheilt wurde, das Zeugnis anzustellen. Soll man nun deshalb das Gesetz ändern, zumal wir vor einer Revision des Handels-Gesetzbuchs im Anschluß an das Bürgerliche Gesetzbuch stehen? Viel wichtiger ist die Regelung der Kündigungsfrist, die einjährige Kündigung häufig vorkommt. Hier muß das Gesetz einen Regel vorschreiben, damit die Vertragsfreiheit dem Schwächeren nicht zum Nachtheil gereiche.

Abg. Zahn (Zentrum) spricht für den Antrag Goldschmidt.

Abg. Singer (Soz.): Die Frage des Zeugnisses ist nicht so wichtig wie die der Kündigungsfrist. Nach einer von mir vorgenommenen Statistik, welche sich auf 900 Fälle erstreckt, haben 10 pCt. davon die gesetzliche sechswöchige Kündigungsfrist, 21 pCt. vierwöchige, 20 pCt. vierzehntägige, 2 pCt. achtstägige und 47 pCt. einjährige Kündigungsfrist. Wenn auch durch die Unzulänglichkeiten in den Geschäften, auf die sich meine Enquete erstreckte, diese letztere Zahl besonders hoch ist, so würde sie auch bei einer allgemeinen Enquete sehr hoch sein. Wir treten dem Antrage Goldschmidt nicht entgegen, schon weil wir die Gleichstellung der Handlungsgehilfen mit den Arbeitern anstreben. Die Stellenlosigkeit der jungen Kaufleute ist keine Folge des mangelnden Zeugnisses, sondern der überlangen Arbeitszeit, die sich jetzt auf 18 bis 20 Stunden täglich beläuft; da sollte man eben lieber mehr Kräfte einstellen, als daß man die Einzelnen so sehr anstrengt. Wollten Sie der Stellenlosigkeit steuern, so müssen Sie unsere Anträge betreffend Sonntagsruhe und Normirung der täglichen Arbeitszeit unterstützen. Ein Prinzipal, der einen Kommiss engagiren will, wird, wenn er sich sonst von der Tüchtigkeit des jungen Mannes überzeugt, nicht wegen des mangelnden Zeugnisses davon absehen, sondern sich auf mündliche Erkundigungen verlassen. Die Kündigungsfrist aber möchten wir gesetzlich so geregelt sehen, daß, um eine zu lange Kündigungsfrist, wie sie mit den Bedürfnissen des Handelsstandes nicht im Einklange ist, zu vermeiden, andererseits aber die thatsächlichen Verhältnisse in Einklange mit den rechtlichen zu bringen, im Gesetz eine vierwöchige Kündigungsfrist statuiert sein sollte. Wir werden bei der zweiten und dritten Lesung Änderungsanträge betreffend die Kündigungsfrist stellen und mit diesen dem Antrag Goldschmidt zustimmen. Eine kommissarische Verathung halten wir nicht für nöthig.

Abg. v. Marquardsen (nl.): Wir halten es für gut, die spezielle Frage, um die es sich hier handelt, schon vor der allgemeinen Neuregelung des Handels-Gesetzbuchs zu erledigen, und erachtet gleichfalls eine kommissarische Verathung nicht für nöthig.

Abg. Samhammer (Fr.): Der Abg. Singer hat sich heute mit der Stellung seiner Fraktion in Bezug auf die Kündigungsfrist, welche er bei der Gewerbe-Ordnungs-Novelle einnahm, in Widerspruch gesetzt. Denn damals wollte er überhaupt keine Kündigungsfrist einführen. Der Mangel eines Zeugnisses fällt besonders für diejenigen jungen Kaufleute ins Gewicht, die — und das ist eine große Zahl — zur weiteren Ausbildung ins Ausland gehen und dort für ihre Qualifikation nichts in der Hand haben, als ihre Zeugnisse. Was die übermäßige tägliche Arbeitszeit anlangt, so wünschen wir, der Handel läge so gut, daß die Kaufleute die Arbeitskräfte ihrer Angestellten auch wirklich voll ausnützen könnten. Ich bitte Sie, den Antrag unverändert anzunehmen.

Abg. Singer: Der Widerspruch zwischen unserer heutigen Stellung in Bezug auf die Kündigungsfrist und der bei der Gewerbe-Ordnungs-Novelle ist nur ein scheinbarer. Damals sollte den Handwerkern eine Lupe für Kontraktbruch aufgelegt werden, und bevor wir diese Rücksichtbestimmung für die Arbeiter zuleihen, wollten wir lieber die ganze Kündigungsfrist befristigt wissen. Hier handelt es sich um keine Ausnahmestellung für die jungen Kaufleute. Was die übermäßige Arbeitszeit anlangt, so meinen wir natürlich nicht Prinzipale, die wenig zu thun haben, sondern es handelt sich um Prinzipale, die sehr beschäftigt sind und statt mehr Personal anzustellen, die Kräfte ihrer Gehilfen übermäßig auszunutzen.

Abg. Schrader konstatirt in seinem Schlusswort, daß da der Antrag Goldschmidt im Wesentlichen Zustimmung gefunden habe, kommissarische Verathung nicht für notwendig gehalten werde. Die zweite Verathung des Antrages wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die Verathung des Antrages Auer und Gen., der Reichsverfassung folgenden Art. 23a einzufügen:

Der Reichstag hat das Recht, beauftragt seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Thatsachen für nöthig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitverhältnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgesetzt wird.

Abg. Bebel: Unser Antrag will eine Lücke in der Reichsverfassung ausfüllen. Kehlische Bestimmungen bestehen bereits für eine große Zahl von europäischen Staaten; namentlich besitzt das englische Parlament eine solche Vollmacht und hat von ihr sehr oft Gebrauch gemacht. Wir befinden uns augenblicklich in

der Periode der sozialen Gesetzgebung und wie haben verschiedene Male die Regierung aufgefordert, zum Zweck einer besseren Vertheilung der thatsächlichen Verhältnisse Enquêtes über die soziale Lage verschiedener Arbeiterkategorien vorzunehmen, um bestimmte Gesetzentwürfe auszuarbeiten. Ich erinnere an die Enquete des Bundesraths über die Arbeiterinnen in der Wäsche- und Textilfabrikation und der Konfektion in Bezug auf die Sonntagsarbeit. Es wäre von großer Wichtigkeit, wenn der Reichstag in die Lage versetzt würde, durch Mitglieder aus der eigenen Mitte an diesen Erhebungen Antheil zu nehmen und zwar durch ein kontraktbilistisches Verfahren, durch zugeordnete Vernehmung und eventuell durch Ausübung des Zeugniszwanges. Eine solche Vollmacht besitzt das englische Parlament schon seit langem. Auch die preussische Verfassung enthält eine ähnliche Bestimmung. Es wurde von dieser zuletzt Gebrauch gemacht im Jahre 1873 auf Antrag Baskers in Bezug auf die Feststellung gewisser Vorgänge bei den Gründungen. Wie wichtig eine solche Enquete z. B. in Bezug auf das Vorgehen gegen gewisse Börsenmanipulationen, auf die Wirkung des Termingeschäfts an der Börse wäre, brauche ich nicht auszu-einanderzusetzen. Im Jahre 1868 wurde von unserer Seite ein ähnlicher Antrag gestellt und vielfach, auch von nationalliberaler Seite unterstützt, derselbe wurde nur deshalb abgelehnt, weil man nicht ein Jahr nach Einführung der neuen Verfassung dieselbe wieder abändern wollte, auch keine Aussicht vorhanden war, daß die Bundesregierungen sich einem solchen Vorgehen anschließen würden. Ein solches Bedenken liegt heute nicht mehr vor. Sehen Sie sich nicht die Antragsteller, sondern den Antrag selbst an. Dieser Antrag ist gut, vernünftig und nothwendig, er erstrebt keine parlamentarische Machterweiterung, sondern eine sachgemäße und prompte Erledigung unserer Geschäfte.

Abg. Schrader (Dr.): Wir sind mit dem Antrag durchaus einverstanden. Der Antrag, von dem vorher Herr Bebel sprach, ist auch deshalb abgelehnt worden, weil man damals die Dringlichkeit desselben nicht anerkannte. Der Artikel der preussischen Verfassung war ein Kontraktartikel gegen die Regierung und er wurde zuerst angewendet zu einer Untersuchung bezüglich der Wahlumtriebe. Es wäre also auf Seiten der damaligen Reichsregierung sehr wenig Neigung vorhanden gewesen, einen Artikel anzunehmen, dem man eine politische Bedeutung beilegen konnte. Heute liegen die Verhältnisse anders. Die soziale Gesetzgebung macht es nothwendig, dem Reichstage eine erweiterte Kompetenz zu geben. Enquêtes sind zwar schon früher von der Regierung angefordert worden, sie haben aber deshalb kein gutes Resultat gehabt, weil die Auswahl der zu befragenden Personen meist nicht richtig getroffen war. Die Juden-enquete z. B. hat ein vollkommen werthloses oder geradezu schädliches Material geliefert, denn die daraufhin gefassten Beschlüsse haben wir wenige Jahre später wieder besichtigen müssen. Die preussische Enquete über die Verhältnisse am Eisenbahnenwesen hatte nur deshalb einen guten Erfolg, weil sie besser zusammen-gesetzt war und weil auch Mitglieder des preussischen Landtags daran theilnahmen. Die großen englischen Enquêtes sind nur zum geringen Theil vom Parlament gemacht, meist von der Regierung unter Mitwirkung des Parlaments. Solche Enquêtes haben eben nur den Zweck, für Regierung und Parlament das nothwendige Material zur Beurtheilung der Verhältnisse herbeizuschaffen. Wie viel schneller wären wir nicht zur Abtheilung des Befähigungsnachweises gekommen, wenn wir schon früher solche Kommissionen gehabt hätten! Wir hätten dann die Arbeiter selbst vorladen und uns überzeugen können, daß nur eine kleine Gruppe der Handwerker einen solchen Befähigungsnachweis und andere Dinge verlangt. Ich bitte Sie, den Antrag im Plenum anzunehmen.

Abg. Wagem (Z., bei der andauernden Unruhe des Hauses und, da er von der Tribüne abgemeldet spricht, sehr schwer verständlich): Ich bin im Zweifel, ob der Abg. Schrader und seine Freunde damit einverstanden wären, wenn die Abgg. Biehl, Katermann u. s. w. in eine parlamentarische Enquetekommission zur Untersuchung der Frage des Befähigungsnachweises gewählt würden. Die englische Verfassung kennt allerdings solche Enquetekommissionen, in früheren Zeiten war es aber auch für das Parlament viel schwieriger, sich über die Verhältnisse im ganzen Lande zu informieren; heute dagegen erhält das Parlament infolge der erleichterten Verkehrsverhältnisse, durch Vereine, durch die Presse u. s. w. so hinreichende Informationen, daß es auf das von der Regierung gelieferte Material nicht angewiesen ist. Wo soll es hinschauen, wenn wir immer und immer wieder, wenn auch in kleinen Dingen, an der Verfassung ändern? Bei der Frage der Immunität der Abgeordneten in der vorigen Woche wollten die Sozialdemokraten von einer Verfassungsänderung nichts wissen. Wo die Verfassung ihnen günstig ist, wollen sie sie aufrecht erhalten. Unsere heutige Verfassung ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Parteien. Jeder hat ja Wünsche auf Abänderung der Verfassung in diesem oder jenem Punkte, und die Zeit einer Revision der Verfassung kann ja kommen, aber ich wünsche und glaube, daß sie noch fern ist. Günstig für eine Verfassungsrevision ist nur eine ruhige Zeit, in der man leicht Kompromisse schließen kann. Eine unter schweren Kämpfen zu Stande gekommene Verfassung macht keinen guten Eindruck. Wir wünschen nicht, daß die Verfassung ein Ding sei, das von heute auf morgen beliebig abgeändert werden kann. Dann muß man auch Anträge auf Abänderung des Wahlrechts hinnehmen. Ich stehe zwar auf dem Boden des jetzigen Wahlrechts, aber wenn man immer wieder die Verfassung ändert, kann man einem Anderen nicht übel nehmen, wenn er auch eine Abänderung des Wahlrechts beantragt. Ich spreche zwar nicht für meine Partei, aber diese Anschauung wird in derselben wohl einen ziemlich weitgehenden Boden haben.

Abg. v. Mantuffel (Kons.): Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir gegen den Antrag Auer und Genossen stimmen werden, weil wir in demselben den ersten Versuch dazu erblicken, einen Theil der Exekutive auf den Reichstag zu übertragen, und weil wir nicht gewillt sind, diesen Versuch mitzumachen, weil wir in der That nicht absehen können, was aus einem derartigen ersten Versuch sich für weitere Folgen entwickeln könnten. Die Begründung des Antrages durch den Abg. Bebel hat zwar unglaublich friedlich und harmlos geklungen: das kann uns aber nicht bewegen, die Gefahr, die im Antrage selbst liegt, zu unterschätzen. Das will ich jedoch dem Abg. Bebel bemerken, daß die Namen, die unter dem Antrag stehen, allein uns nicht dazu bestimmen. Wir würden auch gegen den Antrag stimmen, wenn er von einer anderen Partei eingebracht wäre.

Abg. v. Marquardsen (nl.): Es handelt sich hier um ein Mittel, die Information des gesetzgebenden Körpers zu verbessern, und dies wollen wir nicht durch eine negative Stellung zu dem Antrage verhindern. In England haben die parlamentarischen Enquetekommissionen sehr gute Erfolge gehabt. Ich habe nichts gegen eine Erweiterung der Befugnisse des Reichstages einzuwenden. Der Antrag Auer ändert den Charakter der ganzen Verfassung durchaus nicht. Die preussische Verfassung hat ja dieselbe Bestimmung bereits. Wir haben alle Ursache, auf die Behandlung dieses Gegenstandes näher einzugehen, und sind nicht gegen eine Kommissionsberathung, an welcher wir gern theilnehmen werden.



Abg. Schrader (Df.): Die Enquete-Kommissionen würden ebenso zusammengesetzt sein, wie der Reichstag überhaupt seine Kommissionen bildet, aus Vertretern aller Parteien. Die Herren Wehl und Adersmann könnten also wohl in einer Enquete-Kommission über den Beschäftigungsnachweis sitzen. Die Herren vom Zentrum haben hier lebhaftes Bedenken gegen eine Verfassungsänderung, bei der Verlängerung der Legislaturperiode halten sie keine. Will man die Verfassung nicht ändern, so könnte auch ein bezügliches Gesetz neben der Verfassung gemacht werden, vielleicht auch durch die Geschäftsordnung des Reichstages die Frage geregelt werden. Es werden nicht Viele im Hause sein, die nicht meinen, daß bei vielen Fragen eine gründliche Information nötig gewesen wäre. Es handelt sich hier nicht darum, dem Reichstag eine Exekutive zu geben, er soll nur ein Recht bekommen, sich zu informieren, und damit greift er in die Reichsgewalt nicht ein, sondern setzt sich nur besser in Stand, seine verfassungsmäßigen Rechte auszuüben. Eine Kommissionsberathung ist nicht notwendig, wird sie aber gewünscht, so wollen wir uns derselben nicht widersetzen.

Abg. Wacker (Zentr.): Die Rechte des Parlaments sind in der Verfassung verzeichnet; es wäre nicht richtig, Dinge, die in die Verfassung gehören, durch besonderes Gesetz zu regeln. Bei der Verlängerung der Legislaturperiode war ich noch nicht Mitglied des Hauses, aber so viel ich weiß, hat der größte Theil meiner Partei gegen dieselbe gestimmt. Der Reichstag kann sich genügend über eine Enquete-Kommission informieren. Der Vordrucker kann von seinem Gesetze sagen, daß es ohne genügende Informationen zu Stande gekommen ist. Wir können doch nicht wegen jedes einzelnen Gesetzes eine Enquete-Kommission einsetzen, sondern nur in Ausnahmefällen, mindestens 80 pCt. unserer Gesetze müßten auch ohne solche Kommissionen erledigt werden. Eine Exekutive des Reichstages wird durch den Antrag allerdings nicht eingeführt, ich würde mich aber vor einer Erweiterung der Befugnisse des Reichstages auch nicht fürchten.

Damit schließt die Diskussion.  
Im Schlußwort bemerkt  
Abg. Wehl (Soz.): Die Möglichkeit, daß der Reichstag Sachverständige vernehmen kann, muß gesetzlich fixiert werden, weil wir sonst nicht in der Lage sind, etwaige Geldauslagen solcher Sachverständigen zu ersetzen. Die Regierung würde auch eine Verfassungsänderung aufheben, wenn sie mit einer Aenderung durch besonderes Gesetz einverstanden wäre. Von einer Nachterweiterung des Parlaments kann ebensowenig die Rede sein, wie von einem Eingriff in die Rechte der Reichsregierung; in Preußen und anderen Ländern bestehen solche Verfassungsbestimmungen ja schon.

Die zweite Berathung des Antrages wird im Plenum stattfinden.

Der Antrag des Abg. Ricker wegen Einsetzung zweier Wahlprüfungskommissionen zur schnelleren Erledigung des Wahlprüfungsverfahrens beantragt die Geschäftsordnungskommission, daß die Wahlprüfungskommission ihre Arbeiten erledigt habe, seinen Antrag zurück.

Es folgt die erste Berathung des von den Abgg. Dr. Barth, Ricker eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. Abänderungen und Ergänzungen des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 21. Mai 1869.

Abg. Ricker: Unter diesen Umständen, nachdem der vorige Gegenstand von der Kommission abgelehnt ist, und da die Materie um 2-3 Stunden aufhalten könnte, beantrage ich, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen oder die Sitzung zu vertagen.

Präsident v. Zechow spricht sich gegen die Vertagung nach so kurz dauernder Sitzung aus.

Die Vertagung wird beschlossen.

Präsident v. Zechow: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr zu halten, und auf die Tagesordnung zu setzen: die erste Berathung der Handelsverträge.

Abg. v. Waffow (Df.): Ich beantrage, die Handelsverträge nicht schon morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fraktionen sind erst seit heute in der Lage, sich damit zu beschäftigen, sie müssen aber in die Berathung einer so wichtigen Materie gut vorbereitet eintreten.

Abg. Graf Vallerstrem (Z.): Ich bitte, es bei dem Vorschlage des Herrn Präsidenten zu belassen. Wir haben kurz vor der Sitzung, mehrere Herren aus den verschiedenen Fraktionen, mit dem Herrn Präsidenten verhandelt, und einigten uns dahin, morgen in die erste Berathung der Handelsverträge einzutreten. Wie man hört, würde dieselbe durch eine Rede des Herrn Reichskanzlers oder sonst vom Regierungstische aus eingeleitet werden, und sollte es sich danach ergeben, daß man in weitere Erwägungen eintreten will, so würde Nichts entgegenstehen, daß der Reichstag die weiteren Verhandlungen auf den nächsten Tag vertage. Ich bitte, es also beim Vorschlage des Herrn Präsidenten zu belassen.

Abg. Ricker: Ich stimme dem Vordrucker in jeder Weise bei.

Abg. v. Waffow: Die Mehrheit des Reichstages will auf meine Wünsche nicht eingehen, dann füge ich mich, Konstatire aber, daß die Mehrheit des Reichstages uns nicht die Zeit läßt, in eine gründliche Würdigung der Verträge uns einzulassen, bevor wir die Verhandlung darüber eröffnen.

Abg. v. Waffow: In der freien Kommission heute Morgen habe ich mich nur für meine Person, nicht für meine Fraktion in dem Sinne des Grafen Vallerstrem ausgesprochen.

Abg. Ricker: Herrn von Waffow gegenüber Konstatire ich, daß die damalige Mehrheit des Reichstages uns nicht Zeit ließ, daß so wichtige Invalitätsangelegenheiten zu prüfen, sondern uns zur Entscheidung in dieser wichtigen Debatte drängte. Diese Vorlage können wir nicht amendiren, wir müssen sie annehmen oder ablehnen. Das Land wartet auf die Rede der Regierung und auch die Regierung selbst wartet darauf. Führen wir morgen das Bedenkniß nach Vertagung, dann mag man sie beantragen. Wir wollen die Regierung erst hören, je schneller, desto besser für uns und das Land.

Abg. v. Waffow (Df.): Das Land wartet nicht auf eine Entscheidung des Reichstages, sondern es erwartet, daß seine Vertreter einen Gesetzentwurf genau prüfen, bevor sie ihn öffentlich diskutieren.

Abg. v. Waffow (Df.): Die Stellung, die ich in der freien Kommission heute einnahm, ging dahin, zuerst die Vertagung der Handelsverträge auf übermorgen zu setzen. Dann erklärte ich, daß ich gegen die Verhandlung morgen nichts einzuwenden hätte, vorausgesetzt, daß, wenn wir nach der Rede des Herrn Reichskanzlers morgen die Vertagung beantragen, von der anderen Seite dem kein Widerspruch entgegenzusetzen würde. Der Vordrucker, daß wir das Alters- und Invaliditätsrenten-Gesetz beschleunigen, hat auf die in Rede stehende Materie keine Anwendung.

Abg. Graf Vallerstrem: Damit aus diesen letzten Worten kein Mißverständnis entsteht, erkläre ich, daß ich heute früh sagte, ich könnte es mir sehr wohl denken, daß in der Rede, die wir morgen vom Herrn Reichskanzler hören werden, Momente vorzukommen können, die eine Verschiebung der Diskussion auf übermorgen wohl wünschenswerth erscheinen lassen; daß ich es aber, wenn dieser Fall eintrete, vollständig von der Erwägung meiner Freunde morgen abhängig machen wollte. (Sehr richtig! links.)

Abg. Ricker: Genau unter dieser letzteren Voraussetzung erklärten wir uns bereit, morgen in eine Erwägung darüber einzutreten, ob nach der Rede des Herrn Reichskanzlers die Verhandlung auf übermorgen zu vertagen sei.

Präsident v. Zechow: Ich muß bei dieser Gelegenheit doch bitten, wenn ich die Herren zu einer freien Kommissionsberathung einlade, daß, was dort verhandelt wird, vertraulicher zu behandeln. (Geisterlei.) Es hat sich Widerspruch gegen meinen Vorschlag erhoben, ich bitte diejenigen Herren, welche gegen meinen Vorschlag sind, sich zu erheben. — (Es erheben sich die konser-

vativen Abgeordneten v. Maffow, Hahn, v. Blügge, v. Kleit, Negow, Garimann, v. Dergha, v. Frege, v. Kanig und noch etwa vier oder fünf Abgeordnete. — Das ist die Minderheit. (Geisterlei.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Erste Berathung der Handelsverträge.) Schluß gegen 4 Uhr.

## Tokales.

Der Ortsverein der deutschen Kaufleute ist bekanntlich eine kaufmännische Vereinigung, in welcher die alleinstehenden deutschfreisinnige Weisheit verpaßt wird. Der Deutschfiscist ist ein politisches Gebilde, dem Leute angehören, die sehr oft selbst nicht ihrer eigenen Meinung sind. Was ihnen heute schwarz erschienen ist, erscheint ihnen morgen weiß, es ist eine Art politischer Farbenblindheit. Eine ganz kuriose Haltung hat der Verein in der Frage des Krankenfassenzwanges eingenommen. Wir wollen dieselbe näher präzisiren, damit unsere Leser sehen, wie es mit der Konsequenz der deutschfreisinnigen Mannesseele beschaffen ist.

Im November 1890 hatte der Verein in seiner „großen“ Versammlung einberufen, in welcher der Generalrath, Herr Handelslehrer Sommer, über den Krankenfassenzwang referirte. Der Redner plädirte mit dem vollen Brüllen der Ueberzeugung für die Ausdehnung des Krankenfassenzwanges auch auf die Handlungsgehilfen. Eine dahin lautende Resolution wurde mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Im November 1891 waren die Ortsvereine der deutschen Kaufleute wiederum versammelt. Der „Demokrat“ Herr Redakteur Krieger behandelte ebenfalls das Thema von dem Krankenfassenzwang herant. Der Redner packte einen ganzen Sack voll mancherlei Phrasen aus, er erzählte von der „freien Selbsthilfe“, von der „Verantwortlichkeit des Einzelnen“ u. s. w. Schließlich verwarf der Redner den Krankenfassenzwang, weil derselbe ihm Unterworfenen „politisch degradire“. Eine Resolution gegen die Ausdehnung des Krankenfassenzwanges auch auf die Handlungsgehilfen, gelangte gegen wenige Stimmen zur Annahme.

Im November 1890 also für, im November 1891 gegen den Krankenfassenzwang! Das sind auch „zielbewusste“ Politiker.

Gelegentlich der Debatte machte einer der Redner den Vordrucker auf diesen Zwiespalt der Natur aufmerksam. Der Herr Generalrath Sommer konnte zwar die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, aber... aber... es gab ein ganzes Tugend der leblichen „Aber“. Herr Sommer meinte, er habe f. B. nur pro domo gesprochen, heute stehe er auf dem Standpunkt des Herrn Krieger! Welch eine Wandlung im Zeitraum eines Jahres!

Die anwesenden Mitglieder des deutschfreisinnigen Handlungsgehilfenvereins sprachen sich ebenfalls gegen den Zwang aus — es war von ihnen nichts Anderes zu erwarten. Bemerkte sie noch, daß von d. 1. 600 000 Handlungsgehilfen Deutschlands nur etwa 30-40 000 den freien Hilfsklassen angehören. Die übrigen sind in gar keiner Krankenkasse und werden in eine solche auch nicht eintreten, wenn sie nicht dazu gezwungen werden.

In den nächsten Tagen wird von Seiten der sozialdemokratischen Handlungsgehilfen eine öffentliche Versammlung der Verfassungskomitee einberufen werden, welche sich mit dem Krankenfassenzwang und der Haltung der freisinnigen Partei zu demselben beschäftigen wird. Das Weitere werden wir f. B. bekannt geben.

„Außerordentliche Maßregeln“ gegen den herrschenden Nothstand (aha!) hat der Magistrat zu treffen gerüht. Die Maßregeln sind aber auch ganz „außerordentlich“. Man höre: Den Armenkommissions-Vorsteher ist es gestattet, die auszuwählenden Unterstufungsgelder um ein Drittel der bisher bewilligten Summen zu erhöhen. Früher durfte derselbe über den Maximalbetrag von 15 M. nicht hinausgehen, — jetzt darf er ein Drittel mehr, also Summa 20 M. geben. Bezüglich der Höhe der festzustellenden Summe war allerdings diese Beschränkung schon längst zu Gunsten eines „freieren“ Ermessens gemichen. Die Verlegung der Unterstufungsgelder liegt wieder in der Hand des Vorsehers, wenn derselbe die Gewährung verweigert, dann muß er aber seine Gründe der Armenkommission ausführlich darlegen.

— Die „Vossische Ztg.“ ist nicht wenig stolz auf diese neueste magistralische Weisheit, sie erkennt „diese Fürsorge für die ärmere Bevölkerung Berlins dankbar an“. Der Vermuthungsdropsen fällt aber sofort in diesen Seher Auerkennungswort, denn dadurch erwächst der Stadt eine „monatliche Mehrausgabe von 100 000 M.“! Ja, ohne Mehrausgabe geben solche Sachen mal nicht ab und die „Vossin“ ist auch nicht aus ihren Hüften gefahren, als der Magistrat und die freisinnige Stadtordeordneten-Stippe feste über Feste und Brunnen und Kirchen und Lotterien und andere schöne Sachen bewilligte.

Die staatsgefährlichen Schriften der Sozialdemokratie lassen der Wächterin der Ordnung, der Polizei, keine Ruhe. Schon wieder hat man nach einem Büchlein, welches Moral, Sitte und Ordnung nach Ansicht der Polizei als etwas Ueberwundenes betrachtet, Hausdurchsuchung gehalten. Der Beglückte war diesmal der Buchhändler Richard Schulz, Korbachstr. 21, wohnhaft, dessen Laden von oben bis unten umgekrempelt wurde, weil man vermutete, der ordnungsfürsinnige Sozialdemokratische Deklamator“ halte sich dort auf. Das Gesuchte wurde aber nicht gefunden und so mußte man unverrichteter Sache heimkehren.

Ebenso wurde am Dienstag und Mittwoch in der Arbeiterbuchhandlung von Hans Baule, vormalig R. Vogelmilch, City-Passage, Laden 8, 9 und 10 nach dem sozialdemokratischen Deklamator und dem Heft 5 der Lichtstrahlen gebauscht. Gefunden und beschlagnahmt wurden 72 Exemplare des Wiederbuchs für das arbeitende Volk und 23 Exemplare des Heft 5 der Lichtstrahlen. — Auch in der Buchhandlung von Rudolf Koblhardt wurde gehauscht, doch ohne Erfolg. — Auch in unserer Expedition wurde vergeblich gesucht.

Die Krankenhäuser Berlins sind gegenwärtig überfüllt, es ist, so viel uns bekannt ist, in keinem derselben auch nur ein Bett frei. Das Publikum, welches von dieser traurigen Thatsache nichts weiß, macht sich oft unnütze Wege und die Patienten, welche nach den Krankenhäusern transportirt werden sollen, müssen oft überflüssige Schmerzen ertragen, um endlich zu erfahren, daß für sie kein Platz mehr vorhanden ist. So wurde am Sonnabend ein erkrankter Drofschulischer in zwei Krankenhäusern abgewiesen und er schließlich nach dem Krankenhaus am Urban geschickt. Am 12<sup>ten</sup> Uhr traf die Drofschle mit dem Kranken dort ein. Die Frau desselben führte ihn nach dem Aufnahmezimmer: allgemeines Bedauern, alle Betten sind besetzt. Der Kranke mußte die Kasse wieder verlassen, er lehnte um 1/4 Uhr noch auf dem Bürgersteig an der Mauer des Krankenhauses. Die Drofschle war natürlich inzwischen weggefahren und die Frau bemühte sich vergeblich um eine andere. Der Polizei war zwar Anzeige erstattet worden, es ließ sich aber kein Schynmann sehen. Endlich kam eine Drofschle heran, es bedurfte langer Unterhandlungen, ehe der Kutscher sich bereit erklärte, die Fahre zu übernehmen. Die Frau hatte bestimmt darauf gerechnet, den Kranken im Krankenhaus zurücklassen zu können, und deshalb mußte sie die Willkürigkeit der Vorübergehenden in Anspruch nehmen, um die Drofschle bezahlen zu können. Mit der vielgerühmten Sanitätspolizei scheint es in Berlin nicht gerade weit her zu sein, denn sonst müßten solche Vorankünfte entschieden in den Bereich der Unmöglichkeit gehören.

Mittheilungen über die gegenwärtige Influenza-Epidemie fanden vorgestern Abend auf der Tagesordnung des Vereins für innere Medizin. Zum Worte hatten sich die

Direktoren der größten Berliner Krankenhäuser gemeldet. Dr. Lazarus, Leiter der inneren Station des jüdischen Krankenhauses, beobachtete die ersten Influenzafälle im Siechenhause der Gemeinde. Hier waren von den 40 Insassen in den ersten drei Tagen 8 Personen erkrankt, die im Alter von 88-95 Jahren standen. In letzterem hohen Alter befanden sich 2 Frauen, von denen eine an einer intercurrenten Nephritis zu Grunde ging, während die andere 95 jährige Patientin wieder genes. Auch im Waisenhaus der Gemeinde am Weinbergsweg hatte der unheimliche Gost Ginzug gehalten, doch nicht wie vor zwei Jahren bei den Kindern, sondern es war mehr das Personal des Hauses erkrankt. Natürlich stellten die Poliklinik und das Krankenhaus wieder ein großes Kontingent. Der Vortragende betonte die Seltenheit einer Nephrosen-Affektion im Gegensatz zur häufigen Erkrankung der anderen Respiration-Organe. Direktor Guttman vom Moabiter Krankenhaus hatte hundert Patienten mit einer Sterblichkeit von 8 pCt. Er gab die tröstliche Hoffnung, daß nach seinen Erfahrungen die diesjährige Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe und mit dem Ende des Jahres vorüber sein werde. Das wäre in der That das beste Weihnachts- oder Neujahres-Geschenk! Professor Hürdinger vom Friedrichshain hatte bisher ein Material von 150 Kranken mit einer Sterblichkeit von 8 pCt.; Professor H. Fränkel am Urban wies eine Anzahl von 188 Patienten auf, darunter gleich viele Männer wie Frauen.

Ueber Vorgänge, welche sich im Vorstand der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoarbeiter abspielten, wird uns folgendes mitgeteilt: In der Delegirten-Versammlung am 28. November wurde an Stelle des bei den Mitgliedern mißliebig gewordenen Herrn Schäge Herr Hoffmann als Kassirer gewählt. Diese Wahl ist aber dem Vorstand nicht angenehm und man beschloß in der Sitzung, eine Generalversammlung einzuberufen, in welcher Protest gegen die Wahl erhoben werden soll. Früher waren es die Aufsichtsbekörden, welche den Mitgliedern das Verwaltungsrecht zu beschränken suchten, man erinnere sich nur der Wahl des Kassirers Richter, welcher wider den Willen der Mitglieder von der Aufsichtsbekörde eingesetzt wurde. Heute läßt der Vorstand diese Funktion aus, indem er sich mit allen Mitteln gegen die erfolgte Wahl sträubt und selbst gewillt ist, sich an die Aufsichtsbekörde zu wenden, um seinen Zweck zu erreichen. Ob ein solches Vorgehen aber dem Gesetze entspricht, welchen die Mitglieder in den Kasseebeamten suchen, wird wohl die Generalversammlung zeigen. Die Delegirten haben alle Ursache, sich diese Angelegenheit etwas genauer anzusehen.

Die Verhandlungen gegen die Heinze'schen Eheleute haben den Prozeß Dicksch wieder in Erinnerung gebracht. Dicksch ist bekanntlich im Frühjahr des vorigen Jahres verstorben, aber nicht in der Strafanstalt Sonnenburg, wie die Tagespresse seiner Zeit berichtete, sondern in der Strafanstalt Moabit. Da derselbe bei der Verhandlung seine Schuld nicht eingestanden hatte, wurde er ausnahmsweise der Strafanstalt Moabit überwiesen, wo er in Einzelhaft gehalten wurde. Trotz dem sich Dicksch gut führte und sich sonst zugänglich erwies, hat er sich doch zu keinem Eingeständniß seiner Schuld bewegen lassen und dies selbst nicht auf seinem Sterbelager.

In der Giftmordfrage Loz wird noch bekannt, daß die Gerichtsarzte Medizinalrath Dr. Long und Sanitätsrath Dr. Mittensweg eine Aufführung der Mageninhaltanalyse, wie solche bei Vergiftungen vorkommen, in beiden Fällen nicht haben feststellen können. Dies gab den Ausschlag zur Ueberweisung des Mageninhalt an den gerichtlichen Chemiker.

Die Obduktion der Leichen des durch die unverschämte Mitleidigkeit Loz vergifteten böhmischen Kindes, sowie die des eigenen Kindes hat vorgestern Nachmittag in dem Leichenschauhause stattgefunden. Die Magen wurden durch den Staatsanwalt beschlagnahmt, um chemisch auf das Vorhandensein von Arsen theilen untersucht zu werden. Die Würdener, welche geschloffen vorgeführt wurde, erklärte nochmals, sie habe das fremde Kind vorfalsch getödtet, weil es sehr lebhaft und unruhig gewesen sei und ihr sehr viel Arbeit gemacht habe, bestritt aber mit Entschiedenheit, den Tod ihres Knaben verursacht zu haben. Zwischen der Loz und ihrer früheren Herrin, welche in dem Bureau des Leichenschauhauses zusammentrafen, spielte sich eine bewegte Scene ab. Frau W. konnte beim Anblick der Würdener ihres Kindes des Schmerzes nicht Herr werden, sondern rief: „Die Schenkel, warum haben Sie mir mein Kind gemordet!“ Die Loz erwiderte kein Wort, sondern wandte sich ab und wurde auch alsbald hinausgeführt.

Zur Nischenschen Mordfrage wird der „Frankf. Ztg.“ aus Würzburg unterm 7. Dezember geschrieben: Der angebliche Kellner Ottomar Nagel aus Wien, auf welchen das Signalement des Mörders der Berliner Prostituirten Rische paßt, ist durch den hiesigen Photographen Krentl zweimal aufgenommen worden, einmal angehan mit Jaquet und Hut und das andere Mal bekleidet mit dem berühmten laffenbraunen Ueberzieher und mit Hut. Beide Bilder sind, ebenso wie ein Paar Blutspuren zeigen der Missethäter, der Berliner Polizei überhandt worden, um ihn die Verfolgung zu erleichtern. Mit Papieren ist Nagel sehr gut versehen; von einigen heißt bereits fest, daß sie einem gewissen Nagel in Antorb gestohlen worden sind. Auffallend erschien, daß Nagel, der hier Verhaftete, Anfangs seinen Berliner Aufenthalt zugab, dann aber, als man ihm sagte, er sei des Mordes der Rische verdächtig, das vorher Angegebene zu widerrufen und glauben zu machen suchte, er sei zuletzt in Wien gewesen. Wegen Landstreicherei, Führung falscher Legitimationspapiere und verdächtigem Wassertragen wird der Dunkelmann am 11. ds. Mt. vor dem hiesigen Amtsgericht abgemtheilt werden. Ob man dort Nagel freigesprochen oder zu einigen Tagen Haft verurtheilt werden wird, jedenfalls wird er nicht früher in Freiheit gesetzt, bis das geheimnißvolle Dunkel, das seine Person und seinen gestandenen Berliner Aufenthalt umgibt, geklärt ist.

Der 48 Jahre alte Kaufmann Theodor Blumenthal, welcher unter der Firma Blumenthal u. Kron in der Köpenickerstraße 116 eine Wollenwaaren-, Tricotagen- und Jerseyfabrik betrieb, wurde gestern Abend mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe auf dem jüdischen Friedhofs in der Schönhauser Allee todt aufgefunden. Ein Revolver lag neben der Leiche. Aus hinterlassenen Papieren geht hervor, daß Blumenthal wegen Zusammenbruches seines Geschäftes freiwillig in den Tod gegangen ist.

Tuch einen Chek, der die meisterhaft gefälschte Unterschrift des Direktors L. Kummel von der hiesigen Filiale der Transport- und Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft „Risch“ trug, ist Sonnabend die Diskontogesellschaft um 5000 M. betrogen worden. Die Fälschung ist von einem jungen Mann Namens Vogel ausgeführt worden, der vor einigen Jahren als Schreiber in den Diensten der Gesellschaft „Risch“ gestanden und bereits wegen Fälschung verschiedener Besorgungsscheine abgefaßt hat. Nachdem Vogel zum letzten Mal im Oktober dieses Jahres aus der Haft entlassen worden war, hat er sich in Berlin umhergetrieben. Am letzten Donnerstag hat er bei der Zimmervermittlerin Lucas, Luisenstraße 61, ein Zimmer gemiethet, welches er nach Hinterlegung eines kleinen Handgeldes sofort bezog. Er gab vor, Karl Schröder zu heißen, aus Danzig zu stammen, hier ein Geschäft laufen zu wollen und sagte, daß er die Miethe erst Sonnabend bezahlen würde, da an diesem Tage in seinem Besitz befindliche Anweisungen auf hiesige Banken sälig werden würden. Frau Lucas ging auf diesen Handel ein. Am Sonnabend zu vorgewordener Stunde hat der angebliche Schröder Frau Lucas, für ihn nach der Diskontogesellschaft zu gehen und dort einen Chek von 5000 M. zu erheben, da es ihm an Zeit fehle, den Gang selbst

zu bef...  
Gefäll...  
des in...  
nach d...  
Betrag...  
Auftra...  
und li...  
junge...  
zu geb...  
heraus...  
trag, d...  
Kubbe...  
und da...  
Frau U...  
und de...  
ein an...  
Mädch...  
Schrö...  
Kennt...  
sich d...  
den S...  
Sch...  
miert...  
merke...  
worden...  
gesch...  
binde...  
welche...  
er sofo...  
Vogel...  
album...  
die De...  
geblic...  
sollt...  
das G...  
Heilung...  
19 Joh...  
Gesell...  
nach m...  
aus, w...  
erbach...  
Dieser...  
Prämie...  
von m...  
gesch...  
geführt...  
Stempel...  
aufgest...  
Jülich...  
waren...  
lassen...  
schuldi...  
zum O...  
Gesell...  
eine Be...  
verfolgt...  
führt...  
blond...  
einen u...  
Kugen...  
Bo...  
in seine...  
Es lieg...  
der Wit...  
Kindes...  
Nicht...  
— Un...  
liegen...  
etwa 20...  
sief dar...  
zogen u...  
mittags...  
insolge...  
und auf...  
scheinen...  
der Cha...  
Ein...  
effren...  
sammer...  
richtete...  
Schlag...  
sähere...  
trat Et...  
Recht...  
geflotte...  
und Co...  
das We...  
diesem...  
vollau...  
ca. 60...  
zur Ver...  
gewesen...  
rt mibe...  
Angekl...  
Depot...  
Ein jed...  
das Ban...  
lieferie...  
der Auf...  
auch der...  
freien...  
Lände...  
Kundsch...  
beriebt...  
Lände...  
Depot...  
Schäfer...  
Handel...  
truderte...  
sich ver...  
richtliche...  
Verjagen...  
— Der...  
aus Zel...  
gelagten...  
zum Non...  
Darthe...  
sinn und...  
Der An...  
Kurzwe...  
Handel...  
tragen, w...  
entstehen...  
er von...  
über das...  
Wille...  
Cohn'sche...  
zahlung...  
habe man...  
chiedene...  
energische



zu besorgen. Frau Lucas war verhindert, die Ausführung dieses Gefälligkeitsdienstes zu übernehmen, veranlaßte aber die Tochter des in demselben Hause wohnenden Schuhmachermeisters Ullmann, nach der Bank zu gehen. Dort wurde dem jungen Mädchen der Betrag ausbezahlt. Auf dem Heimweg begriffen, traf sie ihren Auftraggeber, der sich „zufällig“ gerade in der Karlsruher Straße befand und überlag ihm das Geld. Schröder alias Vogel ersuchte das junge Mädchen, doch noch auch nach der Deutschen Bank zu gehen und dort auf einen Check, der die, wie sich später herausstellte, jedenfalls gefälschte Unterschrift des Herrn Hummel trug, 5000 M. einzulösen. In der Deutschen Bank wurde die Ausbezahlung des Checks wegen eines Formfehlers verweigert, und das junge unerfahrene Mädchen gab dem Miethmann der Frau Lucas das Papier zurück. Schröder zeigte kein Erstaunen und deutete an, daß er selbst die Einziehung des Betrages durch ein anderes Bankhaus veranlassen werde. Dem Vater des jungen Mädchens erschienen die geschäftlichen Nachenschaften des Schröder, als derselbe durch seine Tochter von ihnen Kenntnis erhielt, verdächtig, und sein Argwohn steigerte sich, als am Sonntag Morgen der Frau Lucas durch den Kaufmann eines Sattlers in der Nachbarschaft, der Schlüssel zu dem Zimmer, welches der angebliche Schröder gemietet und mittlerweile auch bezahlt hat, mit dem Bemerkten zugestellt wurde, der „Zimmerherr“ sei plötzlich veranlaßt worden, zu verreisen. Herr Ullmann verständigte die Diskontogesellschaft; die Bank lehnte sich mit Herrn Hummel in Verbindung, und dieser erklärte, die Unterschrift auf dem Check, welchen das junge Mädchen vorgezeigt hatte, sei gefälscht, wobei er sofort den Verdacht aussprach, daß der ehemalige Schreiber Vogel die Fälschung verübt haben müsse. Im Verbrechenalbum des Polizeipräsidiums wurde Vogel's Bild gefunden, und die Leute, die in dem Hause in der Luisenstraße mit dem angeblichen Schröder in Verbindung gekommen waren, erklärten sofort, daß Schröder mit Vogel eine Person sei. Ueber das Vorleben Vogel's sind uns einige interessante Mitteilungen zugegangen. Er ist als junger Barocke von ungefähr 19 Jahren im Jahre 1885 in die Dienste der Versicherungsgesellschaft „Jülich“ getreten, und hat sich dort allem Anschein nach musterhaft geführt; er zeichnete sich durch großen Fleiß aus, war der erste und der letzte im Bureau, lenkte aber den Verdacht der Unredlichkeit auf sich, und wurde 1887 entlassen. Dieser Verdacht bestätigte sich; es stellte sich heraus, daß er Prämienquittungen gefälscht und laßt hat, und die Folge davon war, daß er auf 2 Jahre und 3 Monate ins Gefängnis geschickt wurde. Bei den Verhandlungen, die damals gegen ihn geführt wurden, ergab es sich auch, daß die Unterschriften und Stempel aller vorzüglichen, angeblich von angesehenen Persönlichkeiten ausgestellten Empfehlungen, auf Grund deren die Gesellschaft „Jülich“ ihn in den Dienst genommen hatte, gleichfalls gefälscht waren. Raum war Vogel nach Verbüßung seiner Strafe entlassen worden, als er sich schon wieder einer Urkundenfälschung schuldig machte, und wieder mußte er ins Gefängnis, wo er bis zum Oktober d. J. gefesselt hat. Die Diskontogesellschaft und die Gesellschaft „Jülich“ haben auf die Ergreifung des Fälschers eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt, und es wird seine Spur verfolgt, die nach einem Hasen mit überseeischen Verbindungen führt. Vogel steht in der Mitte der zwanziger Jahre, ist dunkelblond, trägt eine Brille, hält den Kopf nach vorne gebeugt, hat einen unklaren Blick, keine nach verschiedenen Richtungen blickende Augen und starrtes Paar.

**Polizeibericht.** Am 8. d. M. Morgens wurde ein Kellner in seiner Wohnung in der Krausenstraße erschossen vorgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — Auf dem Felde an der Windstraße wurde Vormittags die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Nachmittags erschoss sich auf dem jüdischen Kirchhofe, Schönhauser Allee 25, ein Fabrikant mittelst Revolver. — Auf einem am Ufer des Goldsch-Teiches im Tiergarten liegenden Kahn brachte sich zu derselben Zeit ein unbekannter, etwa 30jähriger junger Mann einen Schuss in die Brust bei und fiel darauf ins Wasser. Seine Leiche wurde aus dem Wasser gezogen und nach dem Schanzenweg gebracht. — Am 9. d. M. Vormittags fiel der Arbeiter Präß an dem Neubau Chaussee, 25a infolge eines Fehltritts etwa 20 Meter hoch vom Gerüst herab und auf den unten stehenden Steinweg. Beide haben anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten und mußten nach der Charité gebracht werden.

## Gerihts-Beitung.

Ein bei den jetzigen Bankverhältnissen besonders interessanter Prozeß beschäftigt am Dienstag die zweite Strafkammer des Landgerichts I bis zum späten Abend. Die Anklage richtete sich gegen den Bankier G e i l C o h n, welcher der Unterschlagung von Depots in fünf Fällen beschuldigt war. Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Braunsweiler, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt von Rheinbaben, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Stranz. Im Jahre 1889 übernahm der Angeklagte das bis dahin von seinem Vater unter Firma M. Cohn und Co. geführte Bankgeschäft. Nur etwa zwei Jahre hat das Geschäft noch bestanden, der Angeklagte liquidirte in diesem Frühjahr, wobei übrigens nicht nur sämtliche Gläubiger vollumfänglich befriedigt wurden, sondern noch ein Ueberschuß von 60 000 M. verblieb. Die Mittel, welche dem Angeklagten zur Verfügung gestanden haben, sollen trotzdem nicht ausreichend gewesen sein und soll derselbe sich dadurch geholfen haben, daß er widerrechtlich über ihm anvertraute Depots verfügte. Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Es handelt sich gar nicht um Depots, sondern um Effekten, die ihm verpfändet gewesen seien. Ein jeder Kunde müsse einen Prospekt unterschreiben, worin u. A. das Bankgeschäft hervorhebe, daß sämtliche von den Kunden überlassene Effekten, die durch Kauf, Verpändung oder zum Zwecke der Ausverwaltung in den Besitz des Bankgeschäftes übergingen, auch dem Besitze desselben einverleibt und dem Geschäft zur freien Verfügung gestellt würden; eine getrennte Aufzeichnung über die Handhabung derselben solle nicht stattfinden. Er habe nur die Handhabung seines Vaters übernommen und müsse annehmen, daß derselbe die Geschäftsprinzipien bekannt seien. Selbstverständlich könnte die Handhabung jederzeit den entsprechenden Werth der Depots beanspruchen. Diese Geschäftspraxis sei in allen Bankgeschäften üblich, wie der von der Verteidigung geladene Handelsrichter Greling bestätigten würde. Der Vorstehende erwiderte, daß eine Verpändung, welche gegen das Gesetz verstößt, nicht anerkannt werden könne, nach strafrechtlichen Begriffen nenne man ein widerrechtliches Verfügen über fremdes, anvertrautes Eigentum, „Unterschlagung“. — Der erste Fall der Anklage betraf den Gutsbesitzer Lötzer aus Zellow. Lötzer deponierte im Jahre 1889 bei dem Angeklagten Aktien der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft zum Nennwerthe von 7500 M., wogegen er sich nach und nach Darlehne zum Gesamtbetrage von 6000 M.; die er erst mit fünf und dann mit sechs Prozent zu verzinsen hatte, geben ließ. Der Angeklagte hat gefälscht diese Aktien, die den doppelten Kurswerth des Nominalbetrages hatten, beim Berliner Börsen-Handelsverein verpändert als Sicherheit für etwaige Ultimo-Differenzen, welche durch die auf seinen Namen laufenden Börsengeschäfte entstehen könnten. Der junge Lötzer bestritt entschieden, daß er von einer derartigen Geschäfts-Manipulation Kenntnis gehabt, oder daß er seine Einwilligung dazu gegeben haben würde. Sein Wille sei gewesen, daß die Aktien unantastbar im Depot des Cohn'schen Geschäfts bleiben sollten, bis er dieselben bei Rückzahlung des Darlehns wieder einlöste. Als das letztere geschehen habe man ihm die Papiere nicht zurückgeben können, er sei verschiedene Male umgehoben worden und es bedürfte erst eines ganz energischen Auftretens seinerseits, bevor er wieder in den Besitz seines

Eigentums gelangen konnte. Er habe dann allerdings dieselben Stücke erhalten, die er deponierte. Der Angeklagte gab zu, daß sich die Herausgabe der Papiere etwas verzögert habe, er sei aber jederzeit in der Lage gewesen, den Zeugen Lötzer aus eigenen Mitteln zu befriedigen. Ein früherer Buchhalter des Angeklagten befandete, daß ihm damals von seinem Chef der Auftrag erteilt worden sei, dem Gutsbesitzer Lötzer bei dessen Wiedererscheinen zu sagen, die Papiere befänden sich auf der Reichsbank. Der Zeuge hat sich geweigert, zu dieser Unwahrheit zu greifen. Besonders belastend war die Aussage des Buchhalters Trammann. Derselbe behauptete, daß Cohn sich mit Zahlungs-schwierigkeiten zu kämpfen hatte und ein Loch öffnete, um ein früheres damit zuzustopfen. Der als Sachverständiger vernommene Handelsrichter Greling nahm mit aller Entschiedenheit das Institut der Börse gegen den Verdacht in Schutz, als könnten unredliche Manipulationen und Grundzüge bei denselben mit anderen Augen angesehen werden, wie beim Strafrichter und jedem ehrlich denkenden Menschen. Ein Depot, welches als solches hinterlegt werde, würde wohl von jedem Bankier als ein unantastbares Gut angesehen werden. Anders liege die Sache dagegen bei solchen Effekten, die von der Kundenschaft als Sicherheit für ein entnommenes Darlehen hinterlegt worden seien. Diese Stücke würden als ein eigentümliches Depot nicht angesehen und es würde wohl nur wenige Bankgeschäfte geben, welche nicht diese Effekten weiter begeben, um sich dadurch neue Mittel zu anderen Geschäften zu verschaffen. Die Natur des Bankgeschäftes bringe dies gewissermaßen mit sich. Greling, es würde heute Jemand mit einem Kapital von einer Million ein Bankgeschäft gründen und bei einer einigermaßen umfangreichen Verbindung innerhalb des ersten Monats 20 Darlehensgeschäfte zu durchschnittlich 50 000 M. gegen Unterpfand abschließen; so sei die Million erschöpft und der Bankier müsse die übrigen elf Monate des Jahres brach liegen, wenn er sich nicht mit Hilfe der beliebigen Depots neue Mittel verschaffe. Daher sei die von dem Angeklagten geübte Geschäftspraxis eine Gefährdung geworden, die sich schließlich zu einem gewissen legalen Begriff herausgebildet habe. — Die Beweisaufnahme in Betreff der übrigen vier zur Anklage stehenden Punkte fiel für den Angeklagten günstig aus, sämtliche Zeugen erklärten, daß sie gegen die Verwendung ihrer Depots, wie es der Angeklagte gethan, nichts einzuwenden gehabt hätten. Der Staatsanwalt hielt daher nur die Anklage im Falle Lötzer aufrecht. In diesem Falle liege aber zweifellos eine Unterschlagung vor. Wenn das Rechtsbewußtsein sich im Laufe der Zeit durch eine mißbräuchliche Gewohnheit verwirrt habe, so müsse es durch die Rechtsprechung wieder in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Trotzdem Niemand geschädigt sei, halte er doch eine energische Strafe am Platze und beantrage deshalb eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Verteidiger plädierte in längerer Rede für Freisprechung, indem er ausführte, daß einerseits die Verzögerung der Auslieferung der Papiere sowie der zeitweise Gebrauch derselben als eine Unterschlagung nicht aufgefaßt werden könne und daß andererseits dem Angeklagten die etwaige Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise nicht klar gewesen sei. Der Gerichtshof verurtheilte die Verhandlung bis Donnerstag Mittag 1 1/2 Uhr. Es wurde dem Angeklagten aufgegeben, aus seinem Kassabuche den Nachweis zu liefern, daß er im Stande war, dem Zeugen L. an dem Tage volle Befriedigung zu gewähren, als dieser sein Depot zurückverlangte. Ebenfalls sollen noch zwei vom Verteidiger vorgeschlagene Zeugen vernommen werden.

## Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis war am 8. Dezember versammelt, um zunächst die Neuwahl seines ersten Vorsitzenden vorzunehmen, da der bisherige Vorsitzende Genosse Meyner zurückgetreten war. Es wurde einstimmig Alwin Kersten gewählt. Darauf sprach in zweifelhingigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag Reichstags-Abgeordneter M o l l e n b u r g über: „Die wirtschaftliche Revolution der Gegenwart“. Derselbe wies an der Hand der Geschichte nach, wie die Gesellschaft naturgemäß aus den allen Institutionen herauswachsen muß und am Ende die Erfindungen die kapitalistische Produktionsweise gar nicht mehr zulassen werden.

Von einer Diskussion über das Vernommene wurde allerseits Abstand genommen, die bekannte Resolution in Sachen der Einführung der Kontrollmarken für Textilwaren einstimmig angenommen und am Ende durch die aus der Mitte der Versammlung heraus gestellte Frage, wodurch sich die sogenannten „Unabhängigen“ von den Anarchisten unterscheiden? dem Referenten Gelegenheit gegeben, sich über die „Jungen“ etwa wie folgt zu äußern: Ich habe von den „Unabhängigen“ gehört, daß sie in Bestimmung durchaus keine kompakte Masse sind, nur sogenannte „oppositionelle Elemente“ habe dies auch aus ihren Ausführungen entnommen. So ähnlich geht es auch den Anarchisten. Der Anarchismus an sich ist nichts Anderes als eine Weiterentwicklung des kleinbürgerlichen Radikalismus, aus ihm ist er hervorgegangen. Sobald, wie bei Proudhon, der Grundfalsch ausgesprochen wird, daß die Mehrheitswirtschaft nichts Anderes bedeute, als die Herrschaft der Mittelmäßigkeit, sind auch alle Despoten gerechtfertigt. Die „Unabhängigen“ glauben, weil sie nach ihrer Meinung den Sozialismus begriffen haben, so müsse dies auch bei allen Anderen der Fall sein; die Entwicklung geht ihnen zu langsam und deshalb suchen sie die Schuld in der Leitung der Partei. Das Alles sind politische Kinderkrankheiten, die Mancher freilich lange mit sich herumschleppt.

Eine öffentliche Volksversammlung für den 3. Reichstagswahlkreis fand am Dienstag Abend in „Sankt-Johann“, Rottbuserstraße, statt. Reichstagsabgeordneter F. Auer, der einen Vortrag gehalten hatte, war am Erscheinen verhindert und so sprach Genosse F. H. Meyer über das vorher im „Vorwärts“ schon bekannt gemachte Thema: „Sozialismus und Anarchismus“. Meyer meinte u. A., der Gedanke des anarchischen Zustandes in seiner idealen Gestalt sei ja ganz schön, aber er sei nach lange nicht durchführbar. Man könne aus diesem Staat nicht sofort in einen anderen, am wenigsten in einen hineinbringen; daher sei auch die Propaganda der That, wie sie die Herren von Anarchismus predigen, falsch. Bis zum anarchischen Zustand müsse die Gesellschaft jedenfalls noch verschiedene Zwischenstufen durchmachen und die nächste von diesen sei der Sozialismus. Mit der Propaganda der That werde man die Erreichung des Zieles nicht befähigen, sondern nur den Herrschenden Gelegenheit bieten, die Bestrebungen der Arbeiter nach Befreiung aus den gegenwärtigen Verhältnissen zu unterdrücken, worauf man nur warte. Die etwa 2000 Personen zählende Versammlung nahm diese Ausführungen mit großem Beifall auf. Derselbe erreichte leider durch das propofatorische Gebahren eines „Unabhängigen“, das berechtigte Entrüsten ergreife, ein unerwünschtes Ende, indem sie der überwachende Beamte auslöste.

In einer Mitgliederversammlung des Vereins der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche hielt am 5. Dezember Frau v. Hoffstetten einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Frauensrage. Die Referentin ging, nachdem sie die kaurige wirtschaftliche Stellung der Frauen beleuchtet hatte, auf die Forderungen derselben ein, welche im sozialdemokratischen Programm ausgedrückt sind, und ermahnte die Männer, sich recht regen an der Lösung der Frauensrage zu beteiligen, damit den Frauen bald Gelegenheit gegeben werde, in jeder Weise gleichberechtigt mit dem Manne, Schulter an Schulter zu kämpfen für die Interessen der

Sozialdemokratie. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich insbesondere Fel. Wabnitz, sowie die Herren Bergt, Jank, Jodel und Koopmann, sämtlich im Sinne der Referentin. Letzterer führte an, daß es den Arbeitern der Wäschebranche im Besonderen dadurch schwer gemacht würde, die Frauen und Mädchen zur Organisation heranzuziehen, weil die große Mehrzahl der Näherinnen, Stempelerinnen u. d. h. die Nothwendigkeit einer Organisation noch nicht erkannt habe und, weil bei den Eltern wohnend, nur selten für das Kostgeld zu sorgen braucht, deshalb den oft geringen Verdienst zur Bekleidung verwenden könne, wodurch diese Mädchen selbständigem Denken gewissermaßen entrückt blieben. Eine Resolution, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen der Referentin sowie der einzelnen Redner einverstanden erklärte und für rege Agitation in der Wäschebranche, insbesondere unter den Frauen Sorge zu tragen versprach, fand einstimmige Annahme, ebenso die Resolution des Herrn Stahn, wonach man nur solche Wollwaren kaufen soll, welche mit der Kontrollmarke versehen sind. Ferner fanden durch sofortige Vornahme einer Sammlung die streikenden Teppichweber der Firma Heibisch Gelegenheit, ihren Dank auszusprechen. Den Schluß machte ein gemütliches Beisammensein mit Tanz, welches die Mitglieder und Gäste in froher Stimmung noch lange beisammen hielt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Frauenbewegung ging man auseinander.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den zehnten Bezirk tagte am 8. Dezember in der Bodbrauerei. Herr Franz T u h a u e r hielt das Referat über die bevorstehende Stichwahl und führte etwa folgendes aus: Als die Sozialdemokraten im Jahre 1883 in die Bewegung für die Stadtverordneten-Wahlen mit Aufstellung eigener Kandidaten eintraten, verhöhte man sie und belästigte sie mit den verwerlichsten Mitteln. Dessen ungeachtet zogen schon beim ersten Mal fünf sozialdemokratische Stadtverordnete in das Raths Haus ein; die Stimmengahl derer, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, vermehrte sich von Wahl zu Wahl, wie im Allgemeinen, so auch im 10. Bezirk. Bei der jetzigen Hauptwahl hatte der sozialdemokratische Kandidat die relative Stimmenmehrheit, und wenn diejenigen, welche gewillt sind, bei der Stichwahl ihre Stimme dem Sozialisten zu geben, Alles daransehen, die Säumigen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu bewegen, dann muß unbedingt der Arbeiterlandtag auch hier siegen. Der Vorwurf, wir bezweckten nur, die Unzufriedenheit im Volke zu schüren und seien positivem Schaffen abgeneigt, ist durch das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten glänzend widerlegt, indem sie in den Deputationen und Kommissionen, in welche dieselben gewählt wurden, zeigten, daß sie wohl gewillt sind, ernstlich mit zu arbeiten. Aber gerade von gegnerischer Seite hat man dahin gewirkt, daß in jene Kommissionen, in welchen die Sozialdemokraten für die große Masse der ärmeren Bevölkerung besonders leistungsfähig hätten wirken können, unsere Parteigenossen nicht gewählt wurden, zum Beispiel in die Schuldeputation und dann in jene Kommission, welche über die Verwendung der Angehörigen des Nothstandes bewilligten Summen zu befinden hat. Im letzteren Falle wäre es einfach gerecht gewesen, wenn man einen der Anreger dieses Vorgehens der Stadt bezüglich des Nothstandes, also einen Sozialdemokraten, zu den Arbeiten der Kommission hinzugezogen hätte.

Was die Schulverwaltung und das Schulwesen überhaupt betrifft, so sind hier eine ganze Menge Reformen nötig, und andererseits auch wiederholt diesbezügliche Anträge eingebracht worden, deren Durchführung von wesentlichem Vortheil für die Arbeiter gewesen sein würde. Von der freisinnigen Majorität und deren Vorstößen werden fortwährend Solche auf das Berliner Volksschulwesen eingeworfen und dabei die großen Summen hervorgehoben, welche die Stadt dafür ausgiebt. Man stellt den circa 800 000 M., die für die Volksschulen gegeben werden, immer die für höhere Schulen im laufenden Etat ausgemessene Summe von ca. 7 000 000 gegenüber, um nachzuweisen, daß man für die Volksschule mehr thue als für letztere. Hier kommt es aber darauf an, zu sehen, was von diesen Summen auf den einzelnen Schüler entfällt, und da stellt sich heraus, daß für den „höheren“ Schüler gerade noch einmal so viel verwendet wird wie für den Gemeindefchüler. Nun hatten die Sozialdemokraten rüchlich den Schulwanges den Antrag gestellt, die Stadt solle alle Lehrmittel unentgeltlich liefern. Der Antrag konnte natürlich nicht von der „freisinnigen“ Majorität akzeptiert werden, man wollte jedoch zeigen, daß man kein Felsenberg habe und — bewilligte deshalb statt der im vorigen Etat vorgesehenen 9000 M. diesmal 40 000 M. für Lehrmittel zur freien Hergabe an unbemittelte Kinder, von welchem Gelde auf jede Klasse der Berliner Gemeindefschulen ganze 12 M. und einige Pfennige das Jahr über kommen. Obgleich diese Summe so gering ist, wird man uns am Schlusse des Jahres kommen mit dem Hinweis darauf, daß das Geld noch nicht gebraucht worden sei, weil sich „nicht genügend Bedürftige“ gemeldet hätten. Nun, Letzteres ist aber nicht verwunderlich, wenn man das Deprimirende des erforderlichen Nachweises der Bedürftigkeit und ferner in Betracht zieht, daß eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln die Entlebung des Wahlrechts im Gefolge hat. Wir bleiben übrigens nicht bei der Forderung der unentgeltlichen Hergabe aller Lehrmittel bezüglich der Schule stehen, wir fordern den unentgeltlichen Unterricht für alle Kinder auf a l l e n, auch den h ö h e r e n Schulen. Wir wollen nicht, wie uns vorgeworfen wird, jeden damit zum Professor machen; wir wollen nur Jedem die Möglichkeit geben, nach Maßgabe seiner geistigen Fähigkeiten sich ausbilden zu können. Bei Durchführung dieser Forderung würde sich zeigen, daß manches Arbeiterkind eher zum wissenschaftlichen Studium sich eignet, als manches Kind reicher Eltern, die, weil sie zu zahlen vermögen, heute ihre Kinder die hohen Schulen besuchen lassen können. Allerdings läßt sich das nur im Wege der Gesetzgebung durchführen. Die Majorität im reichen Hause hält uns stets entgegen, wenn man unsere Anträge hätte immer statgeben wollen, hätten die Steuern erhöht werden müssen. Demgegenüber behaupten wir, daß dies nicht notwendig wäre, sofern man endlich betriebe wie die englische Gasanstalt, die Pferdebahn u. a. die Stadt übernehme und die Dividenden der jetzigen Aktionäre der Stadtkasse zuströmen würden. Allein von der Großen Pferdebahn-Gesellschaft und der englischen Gasanstalt würden dann schon über vier Millionen Mark der Stadt zu Gute kommen. Außerdem erstreben wir an Stelle der verschiedenen Arten von Steuern eine einzige Progressivsteuer, die den Besitzenden mehr, den Nichtbesitzenden weniger belasten würde. Doch auch diese Reform ist nur durch staatliche Regelung möglich. Der Redner forderte zum Schluß die Anwesenden auf, energisch für den sozialdemokratischen Kandidaten, Dr. J a d e d, einzutreten. — Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nachdem noch der Kandidat Herr Dr. J a d e d und Herr S c h i m a n s k y gesprochen hatten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, für den sozialdemokratischen Kandidaten, Dr. J a d e d, einzutreten, um diesem zum Siege zu verhelfen.“ Herr O. K l e i n machte noch bekannt, daß am nächsten Montag im gleichen Lokale wie heute eine Versammlung stattfinden, in welcher Paul Singer sprechen werde. Derselben Parteigenossen, welche am kommenden Sonntag und am Tage der Wahl (Diensttag) gewillt sind, Flugblätter auszutragen, bzw. sonst mitzuhelfen, können sich melden in der Körbringerstr. 22 und in der Schöneleink. 6 (Restaurants). Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Handlungsgehilfen und Schiffsleute! Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, große öffentliche Versammlung im Böhmischen Brauhaus. (Nächstes folgt Inhalt dieser Nummer.)  
Berliner Kanalarbeiter-Verein. Sitzung Donnerstag, den 10. d. M. Abends 8 Uhr, im Vereinslokal Kommandantenstraße 18. Gatte hat mit-  
gekommen.  
Berliner Naturhistorischer Verein. Sitzung Donnerstag, den 10. Dezember, Abends 8 Uhr, im Prälaten, Alexanderplatz, gegen 6. Vortrag der Frau



